

# Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V. (Berlin)

Berlin, Oktober 2008

58. Jahrgang, Nr. 672

## Gedenken und Geschichtsaufarbeitung sind für die Wissensübermittlung an nachfolgende Generationen unabdingbar

*Politiker gehen bei Gedenkfeiern in Jamlitz und Fünfeichen auf die Schrecken der Vergangenheit ein*

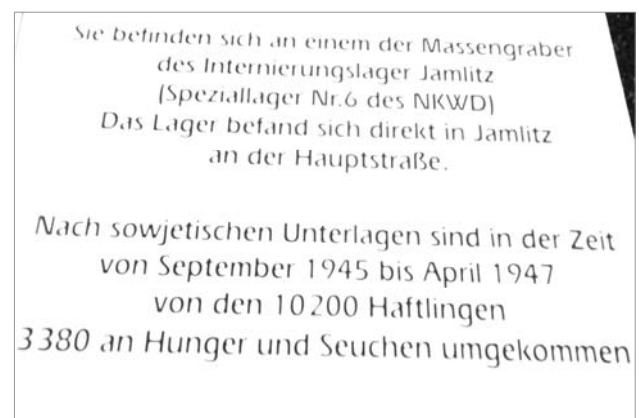
Mit großer Sorge beobachten vor allem die Opfer der untergegangenen SED-Diktatur, welche Unkenntnis und welche Verfälschung im Hinblick auf die Geschichte Deutschlands nach 1945 bei uns eingesetzt haben. Die Zahlen der unwissenden Schülerinnen und Schüler, die von Forschungsinstituten ermittelt wurden geben ebenso ein erschreckendes Bild wie die Beispiele an falschen Antworten, denen zufolge Willy Brandt die Mauer errichten ließ oder Walter Ulbricht ein demokratischer Politiker gewesen sei.

Kritisiert man diese Situation, tritt sofort die Partei Die Linke in Aktion. Sie verharmlost oder verfälscht die Verbrechen der SED und schwingt alsdann die Faschismuskeule. Soll heißen: Wer den DDR-Sozialismus verdammt, verdammt auch die dort angeblich betriebene antifaschistische Politik und ist somit selbst ein Neo-Nazi. Vorwürfe dieser Art sind oft genug so angelegt, dass man sie nicht ohne weiteres mit vernünftigen Argumenten entkräften kann.

Besonders intensiv werden die zum Ende des Zweiten Weltkrieges von den stalinistischen Truppen eingerichteten Speziallager für die Falschdarstellungen der Linken genutzt. Hier, so heißt es, seien Kriegsverbrecher, SS-Leute und Nazi-Funktionäre inhaftiert gewesen – und dies sei zu Recht geschehen. Dass zu den Erfassten auch absolut Unschuldige gehört hätten, sei dann die Ausnahme. Gegen diese Argumentation kommt man insofern nur schwer an, da in der DDR-Öffentlichkeit hierzu nie eine Aufklärung erfolgt ist. Wer aus einem Speziallager entlassen worden war, durfte über seine Inhaftierung nicht sprechen. Selbst wer acht oder noch mehr Jahre in diesen unmenschlichen Einrichtungen zubringen musste, war hinterher zum Schweigen verurteilt.

Erst mit der Wiedervereinigung kam allmählich die Wahrheit ans Licht. Und dies auch nur zaghaft, weil sich die Opfer nicht an die Öffentlichkeit wagten und erst die Gemeinschaft der Opferverbände finden mussten. Mittlerweile gibt es Politiker, die sich um die rich-

tige Darstellung bemühen und sich nicht scheuen, bei Gedenkveranstaltungen die Wahrheit anzusprechen. Auch die Stiftungen versuchen, dieser Anliegen gerecht zu werden, wenngleich man sich noch vielmehr Engagement wünschen sollte.



Sie befinden sich an einem der Massengräber  
des Internierungslager Jamlitz  
(Speziallager Nr.6 des NKWD)  
Das Lager befand sich direkt in Jamlitz  
an der Hauptstraße.

Nach sowjetischen Unterlagen sind in der Zeit  
von September 1945 bis April 1947  
von den 10200 Häftlingen  
3380 an Hunger und Seuchen umgekommen

**Information an der Gedenkstätte Jamlitz. Die Tafel gibt Auskunft über die (geschätzte) Zahl der einstmals Inhaftierten und zu Tode Gekommenen.**

Im September gedachten bei einer Feierstunde in der Gedenkstätte Fünfeichen mehr als 350 Menschen der stalinistischen Gräueltaten. Mecklenburg-Vorpommerns scheidender Ministerpräsident Harald Ringstorff mahnte das Gedenken an die etwa 10.000 Lagerinsassen an, die hier den Tod gefunden haben. Im Lager Jamlitz (Bundesland Brandenburg) erinnerte Innenminister Jörg Schönbohm an die dort verübte menschenunwürdige Behandlung tausender Gefangener. Auf dem dortigen Waldfriedhof forderte er, dass Lager wie Jamlitz Teil der deutschen Erinnerungskultur werden und das Schweigen über die Geschichte nach 1945, das unter der Herrschaft der SED systematisch stattfand, ein Ende haben müssten. Die Menschen, die hier zu Tode kamen, waren oft minderjährig, sie lassen sich schwerlich in die Kategorie Kriegsverbrecher einordnen.

Dr. Alwin Haug

Wie immer, wenn in der VOS die Wahlen für den Bundesvorstand anstehen, möchte ich auch diesmal einige Anmerkungen zu der bevorstehenden und zur zurückliegenden Arbeits-Periode machen.

Wir hatten seit Beginn der 26. Generalversammlung einige Aufregung im Verband. Dies ist wahrlich nichts Neues, aber jedes Problem stellt erst einmal eine Herausforderung dar, es will bewältigt werden. Es ging zunächst um die schon vor einigen Jahren beschlossene Vereinigung von VOS und BSV. Diese ist mittlerweile in offizieller Form verworfen worden, egal, dass klare Vereinbarungen bestanden und es bereits Entwürfe für die juristischen Details gegeben hat. Sogar ein neuer Verbandsname wurde diskutiert. Manch einer – in beiden Verbänden – war ob des Scheiterns enttäuscht, viele verstehen die Gründe dafür nicht. Denn je größer ein Verband ist, desto deutlicher findet er Gehör. Ungeachtet der nicht zustande gekommenen Vereinigung ist die Zusammenarbeit von VOS und BSV an der Basis weiterhin sehr eng.

Zu den zurückliegenden Ereignissen gehört auch der Austritt der VOS aus der UOKG. Dieser Schritt wurde von allen Mitgliedern und Gruppen angenommen. Ebenso fand unvorgeesehen in der VOS ein Wechsel des Bundesvorsitzenden statt.

Über all diese Ereignisse wurde hinreichend berichtet, sie wurden auch kommentiert und ausgewertet. Und so viel Aufregung solche Wechsel (im Vorstand) auch mit sich bringen, bleibt festzustellen, dass es Derartiges in der Geschichte der VOS nicht zum ersten Mal gegeben hat und dass selbst die großen Parteien in unserem Land – nehmen wir die SPD oder die CSU – davon nicht verschont bleiben.

Wie wird es in der Verbandsarbeit weitergehen, welche Kameraden kandidieren für den Bundesvorstand? Wir hoffen natürlich auf unseren Kameraden Johannes Rink, der erst kürzlich den Vorsitz übernommen hat. Mit ihm verbinden wir Souveränität und Kompetenz, zumal Johannes Rink seit Jahren in der Magdeburger Lokalpolitik aktiv ist und im Bundesland Sachsen-Anhalt die Interessen der ehemaligen politischen Häftlinge von SBZ und DDR vertritt.

Weitere Kandidaturen wurden bisher „offiziell“ nicht bekanntgegeben. Es ist jedoch nicht zu befürchten,

dass sich nicht genügend Kameraden finden werden. Wie wir inzwischen festgestellt haben, hat die Generation der heute Fünfzig- bis Sechzigjährigen in der VOS die Verantwortung übernommen, somit ist der weitere Bestand des Verbandes gesichert.

Auf der positiven Seite der Bilanz, die wir nun ziehen, steht natürlich an erster Stelle die Durchsetzung der Ehrenpension. Dies ist ein Erfolg, an dem die VOS maßgeblich beteiligt ist. Viele Kameradinnen und Kameraden, viele Gruppen haben mit den Politikern Gespräche gesucht und ihnen Briefe geschrieben. Nicht zuletzt auch wurde bereits der gerichtliche Weg anvisiert. Nun, nachdem dieses Ziel erreicht ist, freuen wir uns, doch wir legen die Hände nicht in den Schoß.

## *Auf ein Wort des Redakteurs*

Die Gewährung dieser zusätzlichen Zahlung, so dankbar wir dafür sind, kommt immer noch nicht allen Opfern zugute. Wir haben mehrere Beispiele aufgeführt, in denen die Einschränkung von Geschädigten deutlich wird. Vor allem die Voraussetzung einer Haftzeit von einem halben Jahr ist unverständlich. Ebenso die Zahlungsverweigerung im vorzeitigen Todesfall von Berechtigten an die Hinterbliebenen, wozu es inzwischen Gerichtsbeschlüsse gibt, die wir schwerlich nachvollziehen können. Unbedingt erforderlich ist auch eine allgemeine Hinterbliebenenregelung. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass bei jahrzehntelangen Partnerschaften auch der oder die Zurückbleibende als Opfer anzusehen ist, ob inhaftiert gewesen oder nicht.

Hier sind neue Anläufe zu Verhandlungen notwendig, hier ist der Bundesvorstand der VOS gefragt. Abgesehen davon steht es jedem Kameraden frei, sich bei jenen Politikern zu bedanken, die sich in besonderem Maße für unsere Interessen eingesetzt haben.

Dass im Hinblick auf die untergegangene DDR weitere finanzielle Verbesserungen greifbar sind, dürfen wir kürzlich erleben, als der Bundestag den Beschluss über die Zusatzpension der sogenannten Kurzzeitminister gefasst hat. Von der Maßnahme sind insgesamt 23 ehe-

malige Ministerinnen und Minister der letzten DDR-Regierung betroffen, von denen mittlerweile zwei nicht mehr am Leben sind. Die Opferverbände, dies ist in der Fg nachzulesen, haben gegen die Entscheidung des Bundestages protestiert. Dies hatte personelle Gründe, da aus Sicht der Protestierenden einige der von der Regelung Begünstigten nicht unumstritten sind. Im Übrigen empfinden viele von uns den Betrag dieser Ehrenrente – im Vergleich zu der Pension für die ehemaligen Häftlinge – als zu hoch.

Leider sind bisher zu wenige Informationen über die Details der Gesetzesregelung bekanntgemacht worden. Denn grundsätzlich sollte man meinen, dass auch dieser Personenkreis einen Anspruch auf Altersversorgung hat. Denn es gibt in diesem Kreis Betroffene, die nach der Abwahl in kein Amt mehr gekommen sind oder ohne Versorgung aus dem Bundestag verabschiedet wurden. Andere hingegen haben unübersehbar gute Einkommen und bessern mit dieser Regelung ihr Taschengeld auf. Da stellen sich gleich mehrere Fragen: Gibt es auch für diese Pension ein Einkommenslimit wie bei unserer Opferrente? Tritt die uneingeschränkte Empfangsberechtigung erst mit dem Rentenalter ein? Ebenfalls möchten wir wissen, ob diese Pension auf Hinterbliebene übertragen wird und ob es – im Gegensatz zur Ehrenpension für die politischen Häftlinge von SBZ und DDR – eine Anpassungsklausel an die Inflationsrate gibt. Die Antworten auf diese und andere Fragen könnten durchaus auch Einfluss auf die Aufbesserung unserer Opferrente bzw. zunächst einmal auf die von uns zu stellenden Anfragen auf Änderungen haben.

In die nächste Arbeitsperiode des Verbandes fällt auch die kommende Bundestagswahl. Wir sind gut beraten, unsere Wünsche und Vorschläge – auf vernünftige Weise – rechtzeitig bei den führenden Kandidaten anzubringen. Die Unionsparteien, die SPD und die FDP sind in diesen Zeiten durchaus ansprechbar, das sollte man nutzen. Man darf gespannt sein, welche Konstellation sich im Ausgang der Wahl ergibt, ob es im Endeffekt für SPD, Linke und Grüne zu einer Regierung reicht oder ob wir – dies ist meine Einschätzung zum Ausgang – die derzeitige bestehende große Koalition als „Neuaufgabe“ behalten.

*Bis zur nächsten Ausgabe  
Ihr Alexander Richter*

# In dieser Ausgabe:

## **Titelseite:**

Gedenkfeiern und Gedenkstätten - Wissensübermittlung an jüngere Generationen

## **Redaktionsthema:**

Die VOS vor der Wahl. Rückblick und Ausblick. Das Thema Ehrenpension 2

## **Ein Leben voller Einsatz für die Aufarbeitung**

Nachruf auf Kameraden Günter Mühle 4

## **Mit Millionen für den Freikauf jongliert?**

Wer war Rechtsanwalt Wolfgang Vogel? 5

## **Die Einheit kam nicht als Geschenk**

Gerd Franke über gemutmaßte Hintergründe und Zusammenhänge 6

## **An der Runden Ecke viel gelernt**

Über einen VOS-Gruppenausflug an die historischen Stätten in Leipzig 7

## **Die ersten Hammerschläge machten aus dem Schwert die Pflugschar**

Eine Lektion über die Friedensbewegung der DDR 8

## **Noch mal eine Ehrenpension**

„Kurzzeitminister“ dürfen sich freuen 9

## **Ohne die Geschichtsverfälscher geht nichts mehr**

Denkmal-Einweihung in Arnstadt 10

## **Opfer und Wahrheiten nicht gefragt**

Erinnerung an den Werdauer Kreis 11

## **Die DDR und das Leid der Kirche**

An authentischer Stätte in Pössneck 11

## **Freiheit und Ausreise**

Botschaftsbesetzungen und Ausreisebewegungen als Teil des Widerstandes 12

## **Schreckgespenst Salzgitter**

Ein Vortrag in Erfurt, den es auch woanders geben sollte 13

## **Beim Zuschauen selbst in Haft versetzt gefühlt**

Über die Wirkung des Fernseh-Zweiteilers „Wir sind das Volk“ auf Sat.1 13

## **Beschimpfung der Opfer ist fast normal**

Bundesverdienstkreuz für Günter Rudolph 15

## **Er fand immer sein Publikum und seine Wähler**

Zum Tode Jörg Haiders 15

## **RUBRIKEN**

- Wahlergebnis der Gruppen 5
- Leserbrief 9
- Terminankündigungen 5, 15
- Spender, Verstorbene 3, 15
- Vorstandswahl: Ankündigung 16
- Das Haftgedicht 16
- Impressum 16

**Schon gelesen?** – Die Partei Die Linke überlegt einer Pressemeldung zufolge, ob sie den Schauspieler Peter Sodann (Tatort-Kommissar Ehrlicher) als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten nominiert. Sodann war in der DDR politischer Häftling.



Auf nach Leipzig hieß es für zwei Landes- und Bezirksgruppen

## **Berufung - Urteil noch nicht endgültig**

☑ In die zweite Instanz zum OLG München muss Kamerad Fritz Schaarschmidt, nachdem – wie in der letzten Fg berichtet – das Landgericht in Augsburg die Klage eines ehemaligen Mitarbeiters der DDR-Volksbildung eindeutig abgewiesen und in der Offenlegung eines Stücks Zeitgeschichte keine Bedenken gesehen hatte.

## **Hitler-Stalin-Pakt als Gedenktag?**

☑ Am 23. August 1939 schlossen Hitler und Stalin ihren unheilvollen Pakt zur Aufteilung Europas. Die Folge war, dass es im nächsten halben Jahrhundert Millionen unschuldiger Opfer gab. Nunmehr schlug das Europäische Parlament vor, dieses Datum als jährlichen Gedenktag einzurichten. Damit die geschehenen Verbrechen und das damit verbundene weit reichende Unrecht – zumindest im geschichtlichen Sinne – niemals verjähre soll der 23. August ein Europäischer Gedenktag werden. 409 Abgeordnete unterzeichneten diesen begrüßenswerten Antrag.

## **Berliner Stasi-Kneipe geschlossen**

☑ Keinen langen Bestand hatte die „Stasi-Kneipe“ in Berlin-Lichtenberg. Wie in den Medien (auch in der Fg) berichtet wurde, konnte man sich einen „IM-Pass“ ausstellen lassen und andere unpassende „Scherze“ erleben. Der Protest der Stasi-Opfer und der sonstigen Öffentlichkeit brachte das „Projekt“ zum Erliegen.

## **Alpträume – Ausstellung in Bautzen**

☑ Noch bis zum 31. Oktober zeigt der ehemalige politische Häftling Stefan Risopp in der Gedenkstätte Bautzen seine Gemälde, in denen er die Zeit seiner Inhaftierungen in der DDR verarbeitet hat. Schon mit 14 verübte der Künstler im Jugendhaus Dessau eine Haftstrafe. Es folgten weitere Inhaftierungen u. a. in Bautzen II wegen „Staatsverleumdung“, „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ und „versuchter Republikflucht“.

Infos bei: Susanne Hattig Gedenkstätte Bautzen  
Telefon 03591 530363, Telefax 03591 40474

**Spender für die VOS:** Brigitte Schwerdt, Hans-Joachim Krohnfuß, Anneliese Gumbrich, Peter Mengel, Annerose Höfer-Kerbel, Klaus Remus, Günther Müller, Gerhard Bartels, Marianne und Herbert Ewen, Fritz Schaarschmidt, Gerhard Herrmann, Ulrich Schnuchel, Hanni und Manfred Peter, Lothar Spillner, Bruno Kunisch, Wolfnag Ullrich und Frau, Helga Gruner, Harry Roth, Uta Kujath, Horst Weidemann, Bärbel Matthias, Edeltraud Poetke, Dorothea Albrecht, Ilse Dyba.

*Vorstand und Redakteur danken allen Spendern. Jeder Beitrag hilft, den Verband zu stärken.*

## Wichtigen Zeitzeugen und Mahner für uns alle verloren!

*Günter Mühle vom Bautzen-Komitee stirbt 85-jährig am 17. September in Hamburg*

Die Nachricht vom Tod Günter Mühles erreichte uns, als die letzte Ausgabe der Fg gerade im Druck war. Günter Mühle hat sich darin noch einmal zu Wort gemeldet, seine Rede, die er anlässlich der Gedenkfeier zum 17. Juni in Görlitz hielt (siehe Foto), enthielt die Mahnung vor allem an Jugendliche, sich bei der Wahl und der Mitarbeit in den Parteien nicht ins Abseits zu stellen, sich auf demokratischem Wege in unsere Politik einzubringen.



Obwohl Kamerad Mühle seine Botschaft nun nicht mehr gedruckt in den Händen halten konnte, ist sie bei uns angekommen und zu einem Vermächtnis geworden, das uns dieser immer aktive und immer ansprechbare vorbildliche Kamerad seit langem vorgelebt hat. Nachdem er 1954 die DDR verlassen und sich in Hamburg eine neue Heimat gesucht hatte, beteiligte er sich immer wieder an der Aufarbeitung des SED-Unrechts. Nach dem Fall der Mauer wurde er als Vorsitzender des Bautzen-Komitees aktiv. Er bemühte sich um die Rehabilitierung der toten Kameradinnen und Kameraden und trug wesentlich dazu bei, die Häftlingsverbände und –initiativen zu vereinen. Ebenso ging es ihm darum, in den Leidensstätten das Gedenken an die Leiden und deren Opfer zu verdeutlichen. Den zahllosen anonym verscharften Toten vom Bautzener Karnickelberg verhalf er zu einer letzten würdevolleren Ruhe. Immer wieder auch versuchte Mühle in seiner besonnenen, gutmütigen Art, die in den letzten Jahren unnötig tief gewordenen Gräben zwischen den Opferverbänden der beiden Diktaturen zu überwinden, wie schwer dies zuletzt auch geworden war. Ebenfalls war es in diesen letzten Jahren sein Bestreben, das Bautzen-Komitee intensiv an die VOS zu binden. Die Reibereien zwischen einzelnen Verbänden und Personen haben ihn die VOS als starken, zielstrebigem Opferverband erkennen lassen, der sich – aufgrund der Erfahrung und Tradition eines halben Jahrhunderts – der Interessen und Probleme aller Opfergruppierungen des Kommunismus kompetent angenommen hat.

Für all seine Verdienste wurde Kamerad Mühle 2004 mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt.

Günter Mühle war selbst vier Jahre in Haft. 1949 wurde er als 26-Jähriger vom SMT Dresden zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, nachdem er zuvor im Raum Görlitz Widerstand gegen die kommunistische Diktatur geleistet hatte. 1954 wurde er im Zuge einer Amnestie begnadigt.

Bei den Politikern der Gegenwart genoss Günter Mühle schon zu Lebzeiten große Wertschätzung. Ronald Pofalla, CDU-Generalsekretär, zeigte sich nach der Nachricht vom Tode Günter Mühles von dessen Einsatz nachhaltig beeindruckt. Pofalla in seinem Nachruf: „Mit seinem Tod verlieren wir einen wichtigen Zeitzeugen und Mahner. Sein unermüdlicher Einsatz, das Gedenken an die Opfer des SED-Regimes wach zu halten und jeglicher Verklärung der DDR-Geschichte entschieden entgegenzutreten, muss uns allen ein Vorbild bleiben.“

Auch der Görlitzer Oberbürgermeister Joachim Paulick, der das Bautzen-Komitee sowie die demokratischen Anliegen der Opferverbände gegen kommunistische Gewaltherrschaft unterstützt, hatte starke Worte der Trauer, aber auch der Würdigung: „Seine Mahnung, dass die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur und die Opfer der kommunistischen Diktatur nicht gegeneinander in Stellung gebracht werden dürfen, muss uns allen Verpflichtung sein. Günter Mühle hinterlässt eine große Lücke.“

Unser Kamerad Günter Mühle starb im gesegneten Alter von 85 Jahren. Bis zuletzt hat er sich selbstlos für eine konsequente und verantwortungsvolle Aufarbeitung der Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere des kommunistischen Unrechts, eingesetzt. Das Ansehen, das er sich damit in den Opferverbänden, nicht zuletzt in der VOS, und in den Reihen der demokratisch gesinnten Politiker erworben hat, wird ihn solange überleben, wie in unserem Land die Demokratie lebt.

*Hugo Diederich*

## Als engagierter Christ in China die Bibel übersetzt und dort verbreitet

*Pater Dr. Theobald Diederich widmete sein Leben dem Glauben und der Freiheit*

Das Schicksal jenes Mannes, dem wir mit diesem kurzen Beitrag gedenken, ist ein ganz besonderes. Es wird ausgefüllt von Pater Theobald Diederich, der 1911 im Eichsfeld geboren wurde und 1930 in den Franziskaner-Orden eintrat. Erhielt 1936 die Priesterweihe in Paderborn, promovierte in Rom und ging auf eigenen Wunsch 1941 als Missionar nach China. Dort übersetzte er die Bibel in die chinesische Sprache und scharte viele theologie-interessierte Studenten um sich. 1949 musste er fliehen, da die kommunistischen Mao-Truppen das große Land radikal von allen friedlichen Gesinnungen säuberten. Pater Theobald setzte sich mit etwa 100 Studenten nach Macao ab, ging später als Seelsorger nach Hongkong und danach nach Singapur. Er kehrte 1995 aus gesundheitlichen Gründen nach Deutschland zurück und starb im September im hohen Alter von 97. Die Verbreitung der Bibel und somit einer nicht kommunistischen Weltanschauung in China bleibt sein Verdienst.

*B. Thonn*

## Am Morgen noch im Zuchthaus und Mittag im freien Teil Deutschlands

*Freikauf – Erinnerung an Wolfgang Vogel und die damit zusammenhängenden Geschehnisse seit 1963*

Vorigen Monat verstarb hier in Oberbayern, einer der schillerndsten Figuren, involviert in den Freikauf politischer Gefangener, zu Zeiten des kalten Krieges, Rechtsanwalt Wolfgang Vogel. Von 1963 bis zum Ende der SED Diktatur, kamen 33.755 politische Häftlinge, gegen Zahlung von rund 3,5 Milliarden DM an Ostberlin, in den freien Teil Deutschlands.

Es begann 1963 mit dem Verkauf von acht Häftlingen aus ostzonalen Zuchthäusern, und als Gegenleistung überbrachte Rechtsanwalt Stange, den Betrag von 320.000 DM cash per S-Bahn nach Ostberlin. Die Häftlinge wurden völlig unvorbereitet von Wolfgang Vogel zur S-Bahnstation Friedrichstraße in Ostberlin gebracht, dort von Stange übernommen und nach Westberlin verbracht. Am Morgen noch in einem Zuchthaus der SED-Kommunisten und Mittag im freien Teil Berlins, im Büro von Rechtsanwalt Stange.

Einige dieser Leute sind zusammengebrochen, zumal der eine oder andere lebenslänglich oder eine sehr lange Zuchthausstrafe zu verbüßen hatte. Später wurde der Freikauf fabrikmäßig über Chemnitz-Kaßberg abgewickelt.

Der Druck, welcher am 8. August 1975 auf mir lastete, als ich mit dem Zug von Eisenach nach Bebra fuhr, war hoch. Meine politische Haftzeit lag da schon sieben Jahre zurück und ich konnte mich vorbereiten. Wie müssen sich die Menschen gefühlt haben, welche in den Daimler-Bussen von Chemnitz nach Gießen verbracht wurden? Geld bzw. Güter gegen Menschen, heute mag man die Nase rümpfen und alles ein wenig unmoralisch empfinden.

Obwohl Vogel immer auch Angriffen ausgesetzt war und er nie meine Sympathie hatte, so würde ich doch nicht den ersten Stein auf ihn werfen. Er war Vermittler oder Ausführer in dunkler Zeit deutscher Geschichte und nicht Vogel oder Stange waren böse, sondern das verbrecherische System des Kommunismus.

Unter der sozial-liberalen Koalition im Jahre 1969 wurde Egon Franke (SPD) Minister für innerdeutsche Beziehungen, und er übertrug dem späteren Ministerialdirektor Edgar Hirt die Federführung im Häftlingsfreikauf. Dabei kam es zu sehr unschönen Ereignissen, an dessen Ende sich Franke und Hirt, wegen Untreue in Tateinheit mit Urkundenunterdrückung vor einem Gericht verantworten mussten. Franke wurde frei gesprochen und sei ehemaliger Ministerialdirektor wurde zu drei Jahren und sechs Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Wo die verschwundenen Millionen geblieben sind, konnte nicht aufgeklärt werden. Unter der Ägide dieser Koalition verkaufte Ostberlin auch mehr und mehr Kriminelle, und erst mit Ablösung der sozial-liberalen Koalition 1982, wurde der Häftlingsfreikauf wieder in normale Bahnen gelenkt.

Es ist angebracht, einmal einige Personen, neben Vogel und Stange zu nennen, die maßgeblich im Häftlingsfreikauf involviert waren. In erster Linie war das Dr. Rainer Barzel von der CDU sowie Erich Mende von der FDP, aber ganz besonders Axel Springer, Ludwig Rehlinger, welcher von Anfang an dabei war und K.F. Brodessa sowie Carl Krautwig. Welche Menschen immer dabei waren, sie werden diese Zeit nie vergessen. Die SED Kommunisten haben nie aus Humanität gehandelt,

sondern standen immer unter dem Zwang, ihr verbrecherisches Regime, auch mit Hilfe des Klassenfeindes, so lange wie möglich am Leben zu halten. Die 3,5 Milliarden DM sowie Milliardenkredite aus dem Westen, konnten letztendlich den Kommunismus nicht am Leben halten. 1989 mussten die Genossen den Offenbarungseid leisten, aber sie sind heute keineswegs verschwunden, sondern sie tummeln sich auf allen Feldern in Deutschland. Die Folgen von 44 Jahren Kommunismus in Deutschland, werden noch ein oder zwei Generationen anhalten, aber auch diese Zeit ist nur Spekulation.

Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Vogel war engster Vertrauter von Ulbricht und Honecker, sicher kein Apparatschik, vielleicht mehr dem Humanismus verpflichtet. Es gab sicher größere Lumpen in diesem Gebilde "DDR" als Vogel, möge er deshalb in Frieden ruhen.

*Jörg Petzold, Oberbayern*

## Wiederwahl von Werner Sauerzweig zum Vorsitzenden

*Ergebnis der Wahl in Schleswig-Holstein/ Kiel*

Die Landes- und Bezirksgruppe der VOS in Schleswig-Holstein/ Kiel hat ihren langjährigen Vorsitzenden, den Träger des Goldenen Ehrenzeichens der VOS, Kameraden Werner Sauerzweig, erneut in seinem Amt bestätigt. Als Delegierter wurde auch der bisherige Mitamtierende Siegfried Jahnke wiedergewählt.

Kamerad Werner Sauerzweig ist seit 1954 Mitglied in der VOS und gehört damit zu den „dienstältesten“ Kameraden und Zeitzeugen. Stets hat er sich für die Belange des Opferverbandes und der ehemaligen politischen Häftlinge des Kommunismus eingesetzt und viel für die in der Region ansässigen VOS-Mitglieder getan. Große Anerkennung gebührt ihm für seine langjährige Tätigkeit als Kassenprüfer unseres Verbandes.

Bundesvorstand, Geschäftsführer und Redakteur wünschen dem nunmehr 83-Jährigen weiter Schaffenskraft und Gesundheit.

### Einladung

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden  
von BSV und VOS,

hiermit laden wir euch ganz herzlich ein  
zu unserer Jahresabschlussveranstaltung am

**Samstag, den 15. November, 10.00 Uhr  
nach Chemnitz,  
Markt 1, im Ratskeller (links),  
(Einlass: 09.30 Uhr)**

Neben dem gemütlichen Beisammensein wollen wir einen Jahresrückblick geben und uns über aktuelle Fragen in Sachen Rehabilitierung austauschen. Gelegenheit zu Diskussionsbeiträgen und die Begegnung mit Leidenskameraden und Freunden sollen nicht zu kurz kommen.

Wir freuen uns auf Euer Kommen und hoffen auf gute Gesundheit.

**Der Vorstand der VOS**

**Chemnitz - Hohenstein-Ernstthal – Stollberg  
Teilnahmebestätigung: Tel. 03 72 09 - 80 48 1**

## **Alles schon einmal dagewesen und trotzdem nichts dazugelernt!**

*Die VOS-Gruppe Rhein-Main-Nahe besucht in ihrer diesjährigen gemeinsamen Tour die „Heldenstadt“ Leipzig. Gerd Franke gibt zu diesem Anlass einen Bericht zur historischen und politischen Lage*

Im Rahmen ihrer alljährlichen Exkursion zu den Stätten deutsch-deutscher Vergangenheit begab sich bei herrlichem Herbstwetter eine Reisegruppe der VOS-Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe in die „Heldenstadt“ Leipzig, um vor Ort durch Augenzeugen und Mitglieder des Bürgerkomitees Leipzig Informationen über den Verlauf des politischen Widerstandes gegen die SED-Regierung während der bekannten Montagsdemonstrationen im Oktober 1989 zu erhalten. Dabei konnten sich die Reisetilnehmer während kompetenter Führungen durch die ehemalige Stasi-Zentrale Leipzig und heutige Gedenkstätte „Runde Ecke“, die Leipziger Hinrichtungsstätte sowie durch einen ehemaligen Stasi-Bunker in Machern bei Wurzen von den menschenverachtenden, skrupellosen und brutalen Charakter sowie den überaus perfiden Unterdrückungsmethoden der Staatssicherheit als verlängerter Arm und Speerspitze der SED überzeugen.

Bei intensiven Gesprächen mit Vertretern des Bürgerkomitees wurde mehrheitlich die Auffassung vertreten, dass die Strukturen der Stasi perfekt auf die Unterdrückung und Niederschlagung jeglicher „antisozialistischer Tendenzen“ ausgerichtet waren und diese auch das notwendige Potenzial besaß, um sofort jeden Aufstand der Bürger, notfalls auch gewaltsam, schon im Keim zu erstickern. Über die Frage, warum man trotzdem so tatenlos den sang- und klanglosen Untergang der SED und ihrer so geliebten „DDR“ verfolgte, ohne konkret einzugreifen, kann man zwangsläufig nur spekulieren. Bei allem ausdrücklichen Respekt vor dem Mut und der Tapferkeit der Leipziger Montagsdemonstranten muss man unbedingt davon ausgehen, dass sich schon Anfang der 1980er Jahre eine schwere Krise innerhalb des Ostblocks abzeichnete und sich die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs aufgrund der prekären und hoffnungslosen wirtschaftlichen und politischen Situation der Sowjetunion und der anderen Ostblockstaaten im Sommer 1989 auf ein Ende des Kalten Krieges und auf die Auflösung des Warschauer Paktes verständigten. Dabei spielte vermutlich nicht nur die bekannte Initiative von Gorbatschow eine Rolle. Auch einflussreiche Kräfte der Westmächte hatten an der Lösung dieses Konflikts offensichtlich großes Interesse, ergab sich doch daraus ihre Chance, den Einfluss und womöglich den Zugriff auf die Satellitenstaaten bis unmittelbar an die Grenzen Russlands zu erringen. Nur so war die Vorstellung einer „globalen Wirtschaft mit der USA an der Spitze“, unter welcher der überwiegende Teil der Weltbevölkerung heute leider zu leiden hat, durchzusetzen. Die politische Entwicklung der letzten zwanzig Jahre in Europa lässt diesen Schluss unbedingt zu, ebenso die Schlussfolgerung, dass die „DDR“ als erster Dominostein zu fallen hatte, weil das wiedervereinigte Deutschland als Gegenleistung dazu verpflichtet werden sollte, diesen gesamten Umwälzungsprozess finanziell mit weit über 100 Milliarden DM abzusichern, wobei die damalige Sowjetunion mit rund 70 Milliarden DM für ihren Verzicht auf ihre Satellitenstaaten entschädigt wurde. Ob und inwieweit überhaupt die beiden deutschen Regierungen in die Entscheidungsfindung über Modalitäten des Falls der Mauer bzw. des Eisernen Vorhangs und das Ende der „DDR“ einbezogen

wurden, muss dahingestellt bleiben. Vermutlich blieb ihnen nur die Verständigungsmöglichkeit über das Wie, wobei natürlich ganz schnell klar wurde, dass nur ein absolut gewaltfreier Abgang der politisch Verantwortlichen und Entscheidungsträger der „DDR“ die Voraussetzung für eine größtmögliche juristische Schonung durch gesamtdeutsche Gerichte und für eine spätere nahtlose Einbindung in die politische Landschaft sowie den ungehinderten Zugang zum Parteienkarussell der Bundesrepublik war. Nur so ist zu erklären, dass die zahllosen SED- und Stasi-Seilschaften seit der sogenannten Wende nie aufgehört haben zu existieren und zu funktionieren. Sie bestimmen inzwischen maßgebend das Tempo, die Schrittfolge und die Richtung der gesamten Entwicklung in den neuen Ländern, wobei sie schonungslos und überaus geschickt die permanente Schwäche und Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien sowie die sich aus den Grundsätzen einer Demokratie ergebenden Möglichkeiten für ihre Vorteile nutzen.

Auch außerhalb der neuen Bundesländer wird der Einfluss der SED-PDS-Nachfolgepartei „Die Linke“ immer deutlicher spürbar. In wichtigen Bereichen zieht die bundesdeutsche Gesellschaft schon deutlich nach „links“ mit den entsprechenden unübersehbar antidemokratischen Merkmalen, ohne dass die demokratischen Parteien ein Gegenmittel finden oder finden wollen, um dieser Entwicklung ernsthaft Einhalt zu gebieten. Stattdessen hecheln sie pausenlos dem linken Zeitgeist wie besessen hinterher und geben dabei eigene nationale und elementare Merkmale ihres einstigen Profils auf.

Da kann man leider nur formulieren: Alles schon einmal dagewesen und trotzdem nichts dazugelernt!

Die „DDR“ lässt grüßen – sind wir auf dem Weg dorthin, was wir schon seit 19 Jahren hinter uns zu lassen geglaubt hatten? Droht uns in allernächster Zukunft eine unheilvolle Wiederholung der deutschen Geschichte?

Diese Fragen sind nur schwer zu beantworten. Aber wenn man alle Signale der letzten Jahre analysiert, so ist die Gefahr, wieder in eine Diktatur abzugleiten, durchaus gegeben und sollte uns als Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft wach und hellhörig machen. Aufgrund unserer leidvollen Erfahrungen stehen wir in der besonderen Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen, durch Aufklärung auf den wahren Charakter verblendeter und fanatischer linker Ideologie hinzuweisen. Auch wenn es tagtäglich immer schwieriger wird, sich in der Öffentlichkeit als Opfer kommunistischer Gewalt Gehör zu verschaffen, so dürfen wir auf gar keinen Fall resignieren, sondern müssen jede noch so bescheidene Gelegenheit zu politischen Diskussionen und zur Darstellung unserer Standpunkte nutzen.

In diesem Zusammenhang sei die gesamte VOS eindringlich aufgerufen, wieder ein geschlossenes, positives Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit anzustreben und für alle Mal alle Streitigkeiten zu beenden, denn nur so können wir davon ausgehen, ernst genommen und umfassend akzeptiert zu werden. Auf geht's in diesem Sinne.

*Gerd Franke, BZG Rhein-Main-Nahe*

***Lesen Sie auf Seite 8 einen Abriss über die Entstehung der DDR-Bürger-Demos und der Friedensbewegung***

## Für ein Wochenende auf den Spuren der friedlichen Revolution

*Reisebericht der Landesgruppe Hessen/Rheinland-Pfalz und der Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe*

*Ergänzend zu den Einschätzungen von Kamerad Gerd Franke auf Seite 5, die aus Anlass des Besuches der Reisegruppe in Leipzig entstanden, gibt Kamerad Siegfried Keil den Ablauf der Reise und die Eindrücke der Mitge-reisten wieder.*

Von der VOS Landesgruppe Hessen/Rheinland-Pfalz und der Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe wurde vom 26.09. - 28.09.2008 eine gemeinsame Fahrt nach Leipzig durchgeführt.

Die gesamte Vorbereitung hatte unser Kamerad Siegfried Keil mit Unterstützung des Bürgerkomitees Leipzig übernommen. Der Vorstand hatte die Besichtigung der Gedenkstätten in der Messe-Metropole Leipzig ausgewählt, um auch den Mitgliedern unserer VOS, die keine Haftstrafe in den Zuchthäusern der STASI verbüßen mussten, die verbrecherischen Machenschaften der DDR-Justiz aufzuzeigen. Das Bürgerkomitee Leipzig erklärte sich auch allseitig bereit, unsere Gruppe hierbei bestens zu unterstützen. An dieser Stelle möchten wir hier besonders Frau Hollitzer von der „Runden Ecke“ nennen, die uns auch an der historischen Nikolaikirche begrüßte und die Geschehnisse zu den Friedensgebeten und Montagsdemos schilderte. Auf dem anschließenden kleinen Fußmarsch zur „Runden Ecke“ konnten wir die vielen Umgestaltungsmaßnahmen der Innenstadt bestaunen. Auf dem Augustusplatz erfuhren wir auch, mit welcher Rücksichtslosigkeit Walter Ulbricht am 30. Mai 1968 die beliebte Paulinerkirche barbarisch sprengen ließ.



**Ein Teil der Reisegruppe vor dem Eingang der „Runden Ecke“ in Leipzig. Mit dabei Frau Hollitzer und unser VOS-Bundesgeschäftsführer Hugo Diederich, der sich kurzfristig für ein Treffen Zeit nehmen konnte.**

Unser Ziel war nun die „Runde Ecke“, von 1950 bis 1989 die Wirkungsstätte der Bezirksverwaltung der STASI. Fast 40 Jahre lang verstummte hier beim Vorbeigehen jegliches Gespräch. Das Haus am Innenstadtring war während der Montagsdemos Zielscheibe von Wut und Empörung. Am Abend des 4. Dezember 1989 besetzten Leipziger Bürger diese Festung, und nach der Losung der Demonstranten „Runde Ecke - Schreckenshaus, wann wird ein Museum draus?“, wurde dies verwirklicht und die zeitgeschichtliche Ausstellung „Stasi-Macht und Banalität“ wurde schrittweise eingerichtet.

Durch Frau Hollitzer wurde wir durch die Ausstellung geführt und für viele Teilnehmer war es erschreckend, die Technik zu sehen, wie Briefe geöffnet und Geld entnommen wurde, Geruchskonserven von Bürgern gesammelt, Telefonanlagen überwacht wurden und die Erfassung aller Personendaten u. v. m.



**Tobias Hollitzer gab umfassend und sachkundig Erklärungen, wie hier zur Todesstrafe in der DDR**

Der Rundgang vergegenwärtigte uns, wie uns die SED ihren Überwachungsstaat aufbaute und uns unserer Grundrechte beraubte. So ist das Museum eine Stätte der Mahnung, des Gedenkens und des Lernens für die junge Generation, die das Leben in der DDR nicht mehr aus eigener Anschauung kennt.

Der nächste Komplex unserer Spurensuche war die ehemalige Hinrichtungsstätte der DDR Justiz in der Arndtstraße, in der von 1960 bis 1987 die Todesstrafe vollstreckt wurde. Heutigen Erkenntnissen zufolge, kamen hier 64 Menschen zu Tode. Auch hier wurde uns durch Tobias Hollitzer sehr anschaulich dargelegt, wie die DDR-Justiz und STASI das Strafmaß vor Prozessbeginn festlegte, wie die Tatvorwürfe oftmals manipuliert wurden und der Ablauf bis zur Hinrichtung und Beisetzung erfolgen musste. Gefälschte Totenscheine und verschleierte Festlegungen zeigten die Text- und Bild-dokumente an den Sichttafeln des Bürgerkomitees.

Vor unserer Rückreise besuchten wir am Sonntag in der Nähe von Machern die Bunkeranlagen der Bezirksverwaltung der STASI. Das als Ferienanlage getarnte Objekt sollte als Ausweichführungsstelle mit ca. 100 hauptamtlichen Mitarbeitern der STASI und zwei Verbindungsoffizieren des KGB als Kommandozentrale im Falle eines Atomschlages dienen. Auf dem 5,2 ha großen Gelände und in einem 1.435 qm umfassenden Bunker wollte die Führungsriege des MfS ihren Machtanspruch im Ausnahmezustand erhalten.

Aber auch Internierungspläne für Oppositionelle waren vorgesehen. Vom Bürgerkomitee hatte Frau Bleyl die Sonderführung für uns organisiert, somit gilt unser besonderer Dank Frau Hollitzer, Frau Bleyl und Tobias Hollitzer. Mehr dazu über das Bürgerkomitee Leipzig unter: [www.runde-ecke-leipzig.de](http://www.runde-ecke-leipzig.de)

*Text und Fotos: Siegfried Keil  
VOS-Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe*

# Schwerter zu Pflugscharen, Friedensbewegung und Montagsdemonstrationen

*Vor 25 Jahren formierte sich der Widerstand gegen die SED erstmals als organisierte Kraft*

Den Widerstand in der DDR, auch in der SBZ gegen das staatliche kommunistische System gab es als solchen seit es dieses System gab. Mit offenen Worten oder mit versteckten Taten waren Einzelne oder Gruppen durch Flugblattaktionen oder andere staatsfeindliche Attacken gegen das SED-Regime vorgegangen. Wir erinnern uns dabei an den Werdauer Schülerkreis mit seinem Kampf gegen das SED-Regime oder an viele Widerständler, auch aus den Reihen der VOS, die bis zum Ende der DDR viel riskierten, um die kommunistische Herrschaft zu brechen oder zumindest ein Zeichen zu setzen: Freiheit, Frieden – aber ohne Sozialismus.

Nachdem seit 1979 die erste freie Gewerkschaft in einem Ostblockland gegründet worden war, waren die Sicherheitsorgane in der DDR nur umso wachsamer geworden, da sich eine ähnlich kompakte, staatlich nicht gesteuerte Breitenbewegung im Arbeiter- und Bauernstaat nicht etablieren sollte. Und doch geschah es.

Manch einer wird es vielleicht nicht mehr wissen, aber der evangelische Pfarrer Friedrich Schorlemmer gründete 1980 in Wittenberg, wo er Pfarrer in der dortigen Schlosskirche war, einen „Friedenskreis“.

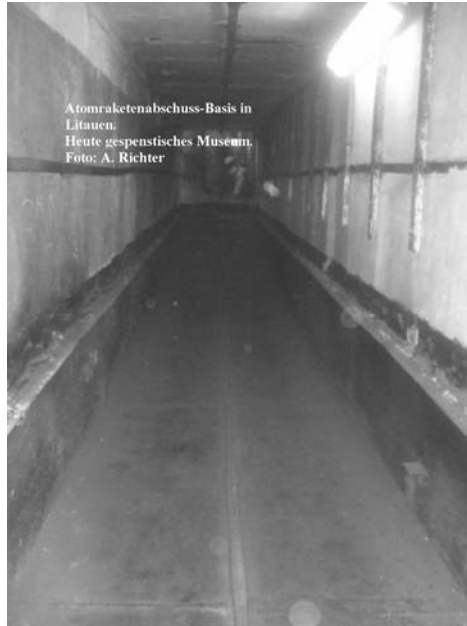
Mag sein, dass es ihm tatsächlich „nur“ um Abrüstung ging, mag sein, dass auch er die sozialistische Gesellschaft nicht beseitigen wollte. Fakt ist, dass drei Jahre später, am 24. September 1983, als in Wittenberg ein evangelischer Kirchentag stattfand, Schorlemmers Initiative belebt wurde. Der Schmied der Wittenberger PGH Stahlbau Stefan Nau schmiedete im Beisein von etwa 2.000 zumeist jugendlichen Menschen ein Schwert zu einer Pflugschar um. Da seine Aktion zuvor angekündigt gewesen war, hätte dies durchaus zum Eingreifen der Sicherheitsorgane der DDR führen können. Die Absicht, mit dieser Aktion gegen die enorme militärische Aufrüstung im Warschauer Pakt zu demonstrieren, war unverkennbar. Doch wegen der breiten Vorankündigung waren an diesem Abend nicht nur Stasi-Spitzel anwesend, sondern auch die westlichen Medien erschienen zahlreich. Hätte es Verhaftungen gegeben, wären die Schlagzeilen und Fernsehberichte in der Bundesrepublik heftig und attackierend gewesen. Etwa in der Art: DDR will keine Abrüstung.

Hinzu kommt eine zweite Komponente, die die unter dem Schutz der Kirche schnell anwachsende Bewegung, die sich das Bibelzitat „Schwerter zu Pflugscharen“ gegeben hatte, faktisch für das MfS unangreifbar machte. Das Symbol und das Motto der Rüstungsgegner waren zum einen der Bibel, zum anderen der sowjet-sozialistischen Ideologie entlehnt. Denn 1959 hatte die Regierung in Moskau der UNO eine Bronzeskulptur des ukrainischen Bildhauers Jewgeni Wutschetitsch geschenkt, die das biblische Friedens-Motiv bildlich-plastisch darstellte

und am UNO-Gebäude seinen Platz fand. Der Künstler, der eigentlich serbischer Abstammung war und 1974 starb, erhielt dafür die Auszeichnung „Held der sozialistischen Arbeit“. Zuvor waren ihm schon Lenin- und Stalinorden und der Orden des Großen Vaterländischen Krieges verliehen worden.

Die Figur stellt einen muskulösen Arbeiter dar, der mit kräftigem Hammerschlag aus einem Schwert eine Pflugschar schmiedet – ganz so wie es Stefan Nau, der übrigens 1984 per Ausreise die DDR verließ, in der praktischen Vorführung getan hatte.

Natürlich hatte die frühe Gabe seitens der sowjetischen Regierung an die UNO nichts mit wirklich friedlichen Zielen zu tun. Es ging darum, dem Westen (und den eigenen Völkern) zu zeigen, wie friedlich das sozialistische Militärbündnis angeblich gewesen war und wie böse sich die Nato verhielt. Dass man in dieser Zeit bereits die Stationierung der SS4-Raketen unter anderem in Litauen (Foto: Gang im Atombunker heute) betrieb, sollte keiner wissen. Nun wurde das Schwert umgedreht: Es richtete sich, als Pflugschar gegen die eigene Politik. Die Friedensbewegung der DDR wählte sich dieses Zeichen nunmehr als Aktionssymbol. Es tauchte als Sticker auf Autos und Fahrrädern oder als Stoffabzeichen auf Ja-



Atomraketenabschuss-Basis in Litauen.  
Heute gespenstisches Museum.  
Foto: A. Richter

ckenärmeln oder an T-Shirts auf. Wer mit diesem eindeutigen Bekenntnis in die Öffentlichkeit trat, konnte Pech haben und erst mal auf dem Revier der „Volks“polizei oder bei einem MfS-Vernehmer landen.

Im Sommer 1989 gingen aus der Friedensbewegung die Bürgerrechtler hervor, die mit ihren Demonstrationen das Kartenhaus DDR endgültig zum Einsturz brachten. Ausgangspunkt in Leipzig war die Nikolaikirche. Dass sich später das Neue Forum und der Demokratische Aufbruch bildeten, wissen die meisten noch. Die Aktionen für Frieden und Abrüstung finden heute nicht mehr den Massencharakter, den sie in der DDR hatten. Stattdessen hat sich nun Die Linke des Themas bemächtigt. Seit Längerem schon „verwaltet“ sie es für ihre politischen Zwecke, indem sie den Einsatz der Bundeswehr-Friedenstruppen in Afghanistan immer wieder als Kriegsmaßnahme bezeichnet. Dabei war es das kommunistische System, welches – in 14 Monaten jährt sich das Datum zum 30. Mal – unter billigem Vorwand in das asiatische Land einmarschierte, um die Regierung zu stürzen und ihm seine Macht aufzuzwingen. Die DDR, vier Jahrzehnte durch die SED repräsentiert, rechtfertigte und unterstützte den Krieg der Moskauer Diktatoren nach Kräften.

Es heißt mitunter (auch bei Marx), Geschichte wiederhole sich. Das ist nicht ganz richtig. Manches kehrt in veränderter Gestalt wieder, das mag sein. Aber was der Geschichte an Unrecht angetan wurde, das offenbart sich eines Tages – mal höhnisch, mal schreiend, aber in den seltensten Fällen unwahr.

B. Thonn



## Sehr lange wird es diese Zeitzeugen nicht mehr geben

*Der Brief eines VOS-Kameraden an die Kulturministerin von Niedersachsen*

Im September erschienen in der in Oldenburg (Niedersachsen) erscheinenden Nordwest Zeitung zwei ausführliche Beiträge über die Situation an den deutschen Schulen, in denen zu wenig Kenntnisse über das wirkliche Leben in der DDR an den Schulen in diesem Bundesland vermittelt würden. Die zuständige Ministerin Elisabeth Heister-Neumann gab daher die Absicht bekannt, künftig eine bessere Aufklärung über das Geschichtsbild der DDR zu veranlassen. Der im Nordwesten von Niedersachsen lebende VOS-Kamerad Reinhard Schwartz ergriff daraufhin die Initiative und teilte der Ministerin in einem Brief mit, dass er als Zeitzeuge die geplanten Maßnahmen für sehr wichtig hält:

Sehr geehrte Frau Ministerin, Ihre Maßnahmen, Geschichtskennnisse über das Leben in der ehemaligen DDR in die Unterrichtsplanung aufzunehmen, sind eine dringende Notwendigkeit. Aber nicht nur in den neunten und zehnten Klassen fehlt es an Wissen über die Zeit von 1945 bis 1989, auch in den elften und zwölften Klassen des Gymnasiums ist der Wissensstand ähnlich schlecht.

So ist auch die Generation der Eltern eben dieser Schüler in einer heilen Welt erzogen und gebildet worden und das Leben in der ehemaligen DDR wurde auch zu dieser Zeit nicht vordergründig beachtet.

Vielmehr Interesse zeigt die ältere Generation, die die deutsche Teilung hier in der „alten Bundesrepublik“ miterlebte.

Meine Frau und ich wurden 1938 in Westpreußen geboren. Wir haben den ganzen Zweiten Weltkrieg und dann am Ende 1944/45 die Flucht über die Ostsee und denn schlimmen Flüchtlingstreck im Winter 1944 zu 1945 schon sehr bewusst erlebt. Wir haben das noch sehr klar in Erinnerung. Danach folgten die Jahre in Thüringen mit Ostzone, Gründung der DDR und das Leben dort mit allen Erlebnissen, die es in der ehemaligen DDR gab. Die Entwicklung der Politik dort mit den verschiedenen Machtinstrumenten und ihren Wirkungen auf die Menschen. Unser Leben wurde da nicht geschont und man weiß über Erlebnisse von der Schulzeit bis zur beruflichen Tätigkeit und dem Stasiterror zu berichten, der letztlich in der politischen Haft meiner Frau, unseres Sohnes und mir selbst gipfelte.

Wir haben die ehemalige DDR in ihrer Gesamtheit der Diktatur mit allen Schattierungen erleben müssen.

Als Mitglied der VOS darf ich sagen, dass wir mit Sicherheit die letzte Generation sind, die mit selbst erlebtem Hintergrundwissen noch Zeitzeugen sein können, wenn dazu Notwendigkeit besteht. Die Generation unseres Sohnes (heute 46) steht stark im Leistungsdruck unserer Wirtschaft und ist so auch eben aus diesem Grund schwerlich in der Lage, hier aktiv zu werden. In meinem Wohnumfeld und an Schulen habe ich die Möglichkeit benannt, hier helfen zu wollen und sachliche Kenntnisse bei Bedarf zu vermitteln. Da die Lehrpläne hier nur sehr geringe Zeiten für diese Thematik vorsehen, wurden unsere Beiträge zu dieser deutschen Geschichte nicht genutzt. Sehr lange wird es diese Zeitzeugen nicht mehr geben.

Reinhard Schwartz

## Willkommene 650 Euro monatlich für nur wenige Monate Amtszeit

*Bundesrat billigt Ehrenpension für DDR-Minister und setzt sich über Proteste hinweg*

Die letzten Minister der DDR-Regierung können sich künftig über eine zusätzliche Rente von mindestens 650 Euro monatlich freuen. Der Bundesrat bewilligte die sogenannte Ehrenpension für das damalige Kabinett um Lothar de Maizière, um deren Leistung für fünfeinhalb Monate Amtszeit zu würdigen. Gebilligt wurde die umstrittene "Ehrenpension" ohne Diskussion. Opferverbände hatten bis zuletzt gegen diese Regelung protestiert und auf die geringen Leistungen für DDR-Verfolgte verwiesen.

Mit dem Gesetz werden die Mitglieder des Ministerrats der DDR, die 1990 bei den ersten und letzten freien Wahlen ins Amt kamen, in das System der Ministerversorgung einbezogen. Sie erhalten für eine Amtszeit von längstens fünfeinhalb Monaten eine Versorgung von mindestens 650 Euro monatlich. DER GESETZGEBER WILL DAMIT AUCH DIE HISTORISCHE BEDEUTUNG DER EINZIG DEMOKRATISCH LEGITIMIERTEN DDR-REGIERUNG WÜRDIGEN.

Die Proteste richteten sich vor allem gegen den damaligen Justizminister Kurt Wünsche, Begünstigter ist aber auch der damalige Innenminister Peter-Michael Diestel.

Alex Latotzky



## Proteste verhallten unbeachtet, dennoch wurde zumindest ein Zeichen gesetzt

Wie angekündigt waren die Opferverbände (auf dem Foto links: Alex Latotzky) mit entschlossener Haltung am 19. September angetreten, um die Verabschiedung des Gesetzes über die Ehrenpension für die letzten (und einzig frei gewählten) Minister einer DDR-Regierung zu verhindern. Erwartungsgemäß halfen aber die Proteste der Opferverbände nicht, um für die Gesetzesregelung für die „Kurzzeit-Minister“ zumindest eine Differenzierung der Gewährung zu erreichen.

Anspruchsberechtigt für diese durchaus recht großzügig gewährte Zusatz-Rente sind, wenn man die einstigen Amtsinhaber zusammenzählt, 23 ehemalige Ministerinnen oder Minister. Einige von ihnen (Regine Hildebrandt) sind inzwischen verstorben, andere haben sich nach Abgabe des Amtes vollständig aus der Politik zurückgezogen.

T.H.

## Erinnerung und Gedenken allen Opfern der kommunistischen Diktatur

*Einweihung des Denkmals für die Opfer kommunistischer Gewalt am 13. August 2008 In Arnstadt*

*Am 13. August wurde nach längerer Entscheidungsfindung im thüringischen Arnstadt das Denkmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft öffentlich eingeweiht. Unter der Anwesenheit lokaler Politiker hielt der langjährige Bundesvorsitzende der VOS Klaus Schmidt eine Ansprache, in der er die geschichtliche Bedeutung des Widerstands nach 1945 hervorhob und den Opfern aller Phasen des Kommunismus einen würdigen Platz in der geschichtlichen Rückschau einräumte. Bezeichnenderweise fand sich am Rande der Feierlichkeiten auch ein Häufchen Unbelehrbarer ein. Mit einem Plakat, das die Aufschrift „Geschichte nicht verfälschen“ gaben drei Veteranen und Parteigänger der Partei Die Linke der Denkmaleinweihung einen geschmacklosen Akzent mit. Lesen Sie nachstehend die Ansprache von Klaus Schmidt:*

Wir haben uns heute an diesem Platz in Arnstadt zusammengefunden, um ein längst überfälliges Vorhaben in die Tat umzusetzen: die Einweihung eines Denkmals für die Opfer kommunistischer Gewalt, die in der Zeit von 1945 bis 1989 in den Gefängnissen und Lagern der ehemaligen sowjetischen Besatzungsmacht und des von ihr installierten DDR - Regimes ums Leben gekommen sind. Uns ehemaligen politischen Häftlingen, die wir das Glück hatten, die Jahre der Haft in den sowjetischen Schweigelagern und den Stasi-Gefängnissen überlebt zu haben, war es seit der friedlichen Revolution und dem Sturz des SED-Regimes im Herbst 1989 ein Herzensbedürfnis, unseren verstorbenen Kameradinnen und Kameraden auch hier in der Stadt ein Denkmal zu setzen, ein Denkmal, das ihr Andenken lebendig erhält und kommende Generationen mahnt, die zurückgewonnenen demokratischen Freiheiten nicht leichtfertig wieder aufs Spiel zu setzen. Wir dürfen das, was in vierzig Jahren kommunistischer Diktatur geschehen ist, ebenso wenig vergessen wie das Unrecht der Nazi-Herrschaft.

Dass unsere langjährigen Bestrebungen mit der heutigen Einweihung des Denkmals in Erfüllung gehen, verdanken wir in erster Linie dem mehrheitlich gefassten Beschluss der Arnstädter Stadtverordnetenversammlung, ein solches Mahnmal zu errichten. Den Entwurf und die künstlerische Gestaltung der Stele verdanken wir dem Diplombildhauer Torsten Ihlenfeld. Unser besonderer Dank gilt Herrn Bürgermeister Köllmer, der die Umsetzung unseres Vorhabens von Anfang an nach Kräften unterstützt hat.

Lassen Sie mich, bevor wir die Stele einweihen, über jene Kameradinnen und Kameraden berichten, derer wir fortan an dieser Stelle gedenken wollen. Es handelt sich um all diejenigen politischen Gefangenen, die in der Zeit

nach dem Zweiten Weltkrieg in den Gefängnissen und Schweigelagern der sowjetischen Besatzungszone oder im sowjetischen Gulag an den Folgen körperlicher und seelischer Misshandlung zugrunde gegangen sind, aber auch um diejenigen, die unter dem SED-Regime wegen ihrer freiheitlichen Gesinnung von der Stasi verfolgt, eingekerkert und in den Haftanstalten der DDR oder auch beim Versuch, über Mauer und Stacheldraht in den freien Teil Deutschlands zu gelangen, ums Leben gekommen sind.

Unter den Opfern befanden sich nicht wenige Bürger Arnstadts und seines damaligen Kreisgebiets, derer wir im Besonderen gedenken wollen. Von den 160 Männern und 22 Frauen aus dem Raum Arnstadt, die 1945 von

den Sowjets als Internierte in das so genannte Speziallager 2 Buchenwald verbracht wurden, erlebten 54 Männer und 3 Frauen ihre Freilassung nicht mehr. Sie gehören zu den von Klaus Reinhold im Gedenkbuch Arnstadts sorgsam erfassten Opfern von Krieg und Gewalt, die in sowjetischen Internierungslagern oder auf dem Transport dorthin umgekommen sind. Schon in den ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gab es nicht wenige Bürger, zumeist Jugendliche, die sich einer kommunistisch dominierten Demokratisierung der SBZ widersetzen und sich einer der beiden bürgerlichen Parteien, der CDU oder LDPD, anschlossen, um sich dort für eine

wirkliche Demokratisierung in der Sowjetischen Besatzungszone einzusetzen. Viele von ihnen, vor allem Studenten der Hochschulen, wurden in Nacht- und Nebelaktionen verhaftet, in den berüchtigten GPU-Keltern gefoltert und wegen angeblicher Spionage für westliche Geheimdienste von sowjetischen Militärtribunalen zu langjährigen Haftstrafen oder sogar zum Tode verurteilt. Unter ihnen befand sich auch Oskar Stück, ein Student aus Arnstadt, der an der Friedrich-Schiller-Universität Jena studierte und wegen angeblicher Spionage vom sowjetischen Militärtribunal Weimar zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt wurde. Nach siebenjähriger Haft in Weimar, Halle, Bautzen und Torgau wurde er 1956 entlassen und lebt heute in Berlin. Nicht zuletzt zählen zu den beklagenswerten Opfern auch diejenigen Kameradinnen und Kameraden, die von DDR - Gerichten verurteilt wurden, weil sie sich der erzwungenen Vereinigung von KPD und SPD widersetzen oder nicht bereit waren, sich der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft zu unterwerfen. Auch den Aufständischen des 17. Juni 1953, die sich gegen die vom Ministerrat der DDR verordneten Normerhöhungen wehrten und ihre ganze Hoffnung in die Wiedererlangung der deutschen Einheit setzten, gilt unser Dank. ihr mutiges Aufbegehren wurde mit Hilfe sowjetischer Panzer niedergeschlagen und in der Folge



mit einer Welle von Verhaftungen, Verurteilungen und Hinrichtungen geahndet. Den besonderen Zorn der Staatssicherheit zogen sich diejenigen von uns zu, die sich Hilfe suchend an die Ostbüros der Parteien wendeten oder Verbindung mit der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, mit Amnesty International oder dem Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen aufnahmen. Schließlich dürfen wir auch diejenigen nicht unerwähnt lassen, die sich in Wort und Schrift mit der offiziellen Politik der DDR-Machthaber auseinandersetzten oder die DDR auf legalem oder illegalem Weg verlassen wollten, wie es Zehntausende von Bürgern des so genannten „Arbeiter-und-Bauern-Staates“ bis zum Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 mit Erfolg getan haben. Wer es in den Folgejahren dennoch wagte, Mauer und Stacheldraht um der Freiheit willen zu überwinden, endete in den meisten Fällen im Kugelhagel der Grenzer oder der Selbstschussanlagen. Auch an ihren qualvollen Tod soll unser Mahnmahl erinnern, für dessen Einweihung wir nicht von ungefähr den heutigen Jahrestag des schändlichen Mauerbaus gewählt haben.

Dass die zahllosen Opfer nicht in Vergessenheit geraten, verdanken sie nicht zuletzt auch uns, die wir die Jahre der Haft und Verfolgung überlebt haben. Schon am 18. August 1990, also unmittelbar vor der Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland wurde hier in Arnstadt eine Bezirksgruppe der VOS, der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, gegründet. Etwa siebenzig ehemals Verfolgte bzw. deren Angehörige hatten sich hier zusammengefunden, um das ihnen von den kommunistischen Machthabern auferlegte Schweigen zu brechen, den während der Haft gelebten solidarischen Zusammenhalt zu erneuern und das erlittene Unrecht gemeinsam aufzuarbeiten. Unsere entscheidende Aufgabe aber besteht darin, kommende Generationen an den unmenschlichen Charakter der kommunistischen Herrschaft zu erinnern, um unser demokratisches Gemeinwesen vor Rückfällen in die Barbarei zweier Diktaturen zu bewahren. Diesem Anliegen soll unser Denkmal auch dann noch gerecht werden, wenn die mahnenden Stimmen der letzten Zeitzeuge längst verstummt sind.

*Klaus Schmidt, Foto: Erika Korn*

## **Manchmal denken wir, man muss betteln, um berichten zu dürfen**

### *Der Werdauer Kreis und die Konsequenzen*

Ein wichtiges Beispiel für den frühen Widerstand gegen die stalinistische Herrschaft in der SBZ/DDR ist der 1950 gegründete Werdauer Kreis, dem auch Kamerad Achim Beyer, 1932 in Dresden geboren, angehörte. Der Werdauer Kreis orientierte sich stark an der Gruppe Weiße Rose, deren Mitglieder in der NS-Zeit ihr Leben wagten und letztlich auch hingerichtet wurden.

Achim Beyer und die anderen Oberschüler, die zu dieser Gruppe gehörten, druckten Flugblätter, die zur Wiedervereinigung und zur Schaffung demokratischer Verhältnisse in der DDR aufriefen. Die jungen Widerständler flogen 1951 auf, kamen vor Gericht und erhielten Zuchthausstrafen bis zu zweistelliger Höhe.

Achim Beyer verließ nach der Entlassung aus dem Zuchthaus 1956 die DDR. In der Bundesrepublik hielt er zahlreiche Vorträge über Freiheit und Demokratie. Er beklagt jedoch, dass heutigentags zu wenig Interesse an den Schulen und Bildungseinrichtungen bestehe. *T.H.*

## **SED-Kirchenpolitik vor 55 Jahren**

### *Eine Buchvorstellung im thüringischen Pößneck*

Die Jüdwainer Kirche in Pößneck/ Thüringen war bis auf den letzten Platz besetzt, als des 16. September der Erfurter Historiker Jan Schönfelder (33) sein Buch über die Verfolgungsgeschichte der Jungen Gemeinde vorstellte. Um dieses Buch, das 2007 unter dem Titel „Klassen-Kampf“ erschien, sind heftige Auseinandersetzungen geführt worden.

Die Kirchenverfolgung und die Ausgrenzung glaubensstarker Christen aus dem öffentlichen Leben ist eines der spannendsten und zugleich kaum erforschten Kapitel der frühen DDR-Geschichte bis zum Mauerbau 1961. Die „Jungen Gemeinden“ der Evangelischen Kirchen in Mitteldeutschland konnten 1949/50 auf die stolze Zahl von rund 100 000 Mitgliedern verweisen, denen, wie allen anderen DDR-Christen auch, nach der Verfassung vom 7. Oktober 1949 „Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie ungestörte Religionsausübung“ zugesichert worden war. Aber bereits wenige Jahre später, verstärkt nach dem im Juli 1952 von Walter Ulbricht verkündeten „Aufbau des Sozialismus“, wurde der militant betriebene Atheismus der DDR-Regierung massiv gegen christlich orientierte Oberschüler und zugleich gegen ihre aus dem „bürgerlichen Lager“ kommenden Lehrer eingesetzt. So wurde schon im Frühjahr 1953, noch vor dem Aufstand des 17. Juni, die „Junge Gemeinde“ als „illegale Agenten- und Spionageorganisation“, wofür jeglicher Beweis fehlte, beschimpft. Rund 3000 Oberschüler und Studenten, die zu ihrer Kirche standen, sollen damals der Schule und der Universität verwiesen worden sein, auch Verhaftungen kamen vor und, weil Eltern ihren Kindern die Zukunft nicht verbauen wollten, die Flucht nach Westberlin als letzter Ausweg.

Alle diese unerhörten Vorgänge von 1952/54, die die Einwohner Pößnecks auch nach 55 Jahren noch in Aufregung versetzen können, wurden den rund 200 Zuhörern im Kirchenschiff und auf der Empore von Jan Schönfelder in seinem Einleitungsvortrag sachorientiert und eindringlich erläutert, wobei er auch auf die Motive einging, die ihn bewegt hätten, dieses Buch zu schreiben: einmal die Auseinandersetzung mit einer kirchlichen Ausstellung 1992 über die „systematische Verfolgung christlicher Oberschüler“ und dann 2003 die bevorstehenden Veranstaltungen zum 50. Jahrestag des 17. Juni 1953!

Insgesamt wurden damals im DDR-Bezirk Gera 138, im Kreis Pößneck selbst 32 Schüler vom Abitur ausgeschlossen. Mit dem „neuen Kurs“ aber, der der DDR-Führung aus Moskau diktiert worden war, wurden diese Disziplinarstrafen am 10. Juni 1953 weitgehend rückgängig gemacht, was die Schülereltern für wenige Wochen in trügerischer Sicherheit wiegte. Denn nach der Niederschlagung des Aufstands wurden die alten Machtverhältnisse restauriert und die politische Verfolgung christlicher Schüler und Lehrer erneut und mit größerer Vehemenz aufgenommen. Erst unter Erich Honecker nach 1971 gewann die Evangelische Kirche wieder stärkere Anziehungskraft bei den Jugendlichen, weil sie ihnen einen Freiraum für oppositionelles Denken bot, den auch kirchenferne Jugendliche nutzten. Andererseits hatte das „Ministerium für Staatssicherheit“ inzwischen auch subtilere Methoden entwickelt, in kirchliche Kreise einzudringen und sie von innen zu zersetzen. Es gab dann auch schon eine Reihe staatstreuer Theologen wie Gerhard Bassarak (1918) und Heinrich Fink (1935), die als „inoffizielle Mitarbeiter“ über innerkirchliche Vorgänge berichteten. In Einzelfällen soll es schließlich auch hauptamtliche Mitarbeiter der „Staatssicherheit“ gegeben haben, die „im Parteiauftrag“ Theologie studierten und Pfarrer wurden, um quasi zwei Herren zu dienen. *Dr. Jörg B. Bilke*

# AUSREISEBEWEGUNG UND BOTSCHAFTSBESETZUNGEN – WICHTIGE FAKTOREN ZUR BESEITIGUNG DER SED-DIKTATUR

Am 9. September 2008 jährte sich die Besetzung der dänischen Botschaft in Ostberlin zum 20. Mal

Von Dr. Wolfgang Mayer

Nach dem Machtwechsel von Walter ULBRICHT zu Erich HONECKER festigte sich bei vielen meist jungen Menschen der Wille, der SED-Diktatur den Rücken zu kehren. Die Hoffnung auf einen inneren Wandel der DDR hatte sich – klammert man den Glauben der SED-Oberen und eines nicht unerheblichen Teiles der DDR-Bevölkerung („Mitläufer“), der sich nur wenig oder prinzipiell nicht mit den politischen Verhältnissen im Lande beschäftigte, aus – längst als Illusion erwiesen. Nach Aufnahme der DDR in die UNO sowie dem KSZE-Prozess reflektierten viele Menschen auf Freizügigkeit, so dass sich das SED-Regime zunehmend dem politisch-moralischen Druck jener ausgesetzt sah, die das Land auf legalem Wege zu verlassen gedachten. Völlig zu Recht beriefen sich die Ausreisewilligen auf die Charta der Vereinten Nationen sowie die KSZE-Schlussakte von Helsinki. Anders als die Bürgerrechtler, die noch unmittelbar vor dem Zusammenbruch des SED-Regimes auf Erneuerung – auf eine DDR „mit menschlicherem Antlitz“ – gehofft hatten, hielten sie den Arbeiter- und Bauernstaat für reformunfähig. Viele Bürgerrechtler hatten unentwegt versucht, die Menschen in der DDR zum Bleiben zu bewegen. Selbst fortschrittliche Reformwillige unter ihnen bezeichneten die *Ausreiser* als „Ausreißer“. Losungen und Appelle wie „Bleibe im Land und wehre dich täglich“ oder das trotzig „Wir bleiben hier“ während der Wendezeit sollten nicht nur Mut zum Bleiben und Verändern in der DDR machen, sondern bedeuteten gleichsam eine Abgrenzung gegenüber allen, die ein Recht auf freie Wohnsitzwahl ernst- oder wahrnahmen.

Dessen unbeeindruckt vertraten die „Übersiedlungersuchenden“ – um ihre Ausreise zu erzwingen – ihre Forderungen zunehmend öffentlich. „Sie entwickelten ... *oppositionelle Verhaltensweisen* in einem Umfang, der es rechtfertigt, von einer *Ausreisebewegung* zu sprechen. So ergaben sich auch Gemeinsamkeiten mit der Bürgerrechtsbewegung. Schließlich zählte das Recht auf Ausreise zu den unveräußerlichen Grundrechten.“<sup>1</sup> Als Mittel ihres jederzeit gewaltfreien Widerstands wählten sie verschiedene Varianten: die *freie Meinungsäußerung*, die *Petition*, *Wahlboykott*, den *Zusammenschluss* und die *Demonstration*. Die eindeutig konsequenteste Form ihres Protestes stellten die seit Mitte der achtziger Jahre sich wiederholenden *Besetzungen diplomatischer Missionen* dar.

## „Rechtswidrige Versuche“

Um der stetig steigenden Zahl der Ausreiseantragsteller habhaft zu werden, hatte MIELKE bereits im Dezember 1975 eine neue Struktureinheit des MfS geschaffen: Die Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG) und deren Bezirkskoordinierungsgruppen (BKG) als Unterbau hatten sich die „Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und die Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels“<sup>2</sup> als Ziel gesetzt. Als Versuch des „ungesetzlichen Verlassens der DDR“ wertete das Ministerium für Staatssicherheit nahezu alle Formen der Ausreiseantragstellung, was auch in weiteren MfS-Befehlen („rechtswidrige Versuche“ der Übersiedlung) der siebziger und achtziger Jahre deutlich wurde. Und überhaupt: Die bedeutendsten Stasi-Dokumente, aber auch die stetige strukturelle und personelle Ausweitung der ZKG und BKG stellten unter Beweis, dass sämtliche Anstrengungen zur Eindämmung und Verhinderung der legalen und illegalen Abwanderung in den Westen von der DDR-

Regierung als *existenziell notwendig* erachtet wurden. Dieser existenziellen Notwendigkeit standen jedoch zwei wesentliche Faktoren entgegen: die veränderte Interessenlage der maroden DDR-Wirtschaft und die unternehmerische Deutschlandpolitik der KOHL/GENSCHER-Regierung.

In der Mehrheit der Übersiedlungersuchenden erkannten die Stasi-Generäle ferngelenkte „feindlich-negative Elemente“, welche mit „demagogischen Forderungen“ auf die erforderliche Gewährleistung von Menschenrechten abstellten. Sie sahen in ihnen die Organisation von Zusammenschlüssen, von denen „Androhung und Durchführung abgestimmter Provokationen“ ausgingen, die folglich konsequent und mit *allen* Mitteln zu bekämpfen waren.

Doch sowohl die politische als auch schwerste strafrechtliche Verfolgung von Flüchtlingen, Ausreisewilligen und Botschaftsbesetzern sind, wie die Statistiken zeigen, aus Sicht des SED-Regimes mittel- und langfristig erfolglos geblieben. Die Maßnahmen der SED-Führung, die das MfS im Zusammenwirken mit den regionalen Politikern umzusetzen hatten, waren lediglich geeignet, Wirkungen, nicht aber deren Ursachen zu bekämpfen oder gar zu beseitigen. FRICKE stellt hierzu fest: „Genützt hat alles nichts. Vielmehr fügte es die Geschichte, dass das Desaster des DDR-Sozialismus nicht nur durch die Massendemonstrationen im Herbst 1989 herbeigerufen wurde, sondern die Flucht- und Ausreisebewegung unaufhaltsam wesentlich dazu beigetragen hat. 1989 steigerte sie sich in einem Umfang und in Formen, wie sie bis dahin kaum vorstellbar waren. Zu erinnern ist an massenhafte Besetzungen der Ständigen Bonner Vertretung in Ostberlin sowie der bundesdeutschen Botschaften in (Budapest, /WM) Warschau und Prag. ... Letztlich haben Republikflucht und Ausreise aus der DDR den Zusammenbruch des DDR-Sozialismus genauso mit herbeigeführt wie die Massendemonstrationen in Leipzig, Ostberlin und anderswo im Herbst 1989. Wenn 3,7 Millionen Menschen den Weg nach Westen gesucht und sich auf ihre Weise gegen den Staat das Recht ertrotzt haben, über sich selbst zu bestimmen, so war dies auch eine Form der Systemauseinandersetzung.“<sup>3</sup>

## Freiheit wichtiger als Geld und Gut

Dem ist hinzuzufügen, dass die Komplexe Republikflucht und Ausreise sowie die Massendemonstrationen 1989 nicht bloß gleichrangig genannt werden dürfen, sondern dass zwischen diesen Komplexen ein kausaler Zusammenhang besteht: Ohne Flüchtlinge, ohne Botschaftsflüchtlinge und vor allem ohne das jahrzehntelange oppositionelle Verhalten der Ausreisewilligen wären die Massendemonstrationen im Jahre 1989 undenkbar gewesen. Niemals, dies stellen die von der Gauck/Birthler-Behörde verwalteten Stasi-Akten unter Beweis, wären die Bürgerrechtler, die erst unmittelbar vor dem Zusammenbruch des SED-Regimes in Erscheinung traten, auch nur annähernd in der Lage gewesen, das System zu ändern oder gar zu stürzen. Auch Arnold VAATZ, der sächsische Minister, den nach eigenem Bekunden selbst jahrelang Ausreisegedanken plagten, bestätigt dies: „Jenen, denen Freiheit wichtiger war als Geld und Gut, Heimat und die Nähe zu Freunden sei viel zu verdanken. Ohne sie wäre uns die DDR erhalten geblieben.“<sup>4</sup> Zahlreiche Politikwissenschaftler teilen inzwischen diese Auffassung. Die ganze „Revolutionsgeschichte“ von 1989 habe sich viel zu sehr auf die konzentriert, die in der DDR geblieben sind.

Zu keinem Zeitpunkt gelang es dem Machtapparat der DDR, die seit Mitte der 70er Jahre entstandene Ausreisebewegung in den Griff zu bekommen. Viel zu spät, nämlich erst am 30.11.1988, wurde dem DDR-Volk mit der am 1. Januar 1989 in Kraft getretenen „Verordnung über Reisen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nach dem Ausland“ ein generelles Antragsrecht auf Ausreise zugewilligt. Und selbst dieses Papier schränkte den Kreis der „Antragsberechtigten“ mittels Festlegung so genannter „Versagungsgründe“ enorm ein.

Diese sowie auch alle davor vom MfS durchgespielten strategisch-taktischen Varianten zur so genannten „Zurückdrängung“ und zur Bekämpfung von Aktivitäten der Antragsteller verfrachten sich – wie es nicht nur Bernd EISENFELD sieht – in einem Teufelskreis und endeten in einer unausweichlichen Sackgasse. Die Ausreisebewegung als spontane Massenbewegung belegt, wie in der DDR in objektiver Weise Ohnmacht zur Macht und Macht zur Ohnmacht führte. *Wird in nächster Fg fortgesetzt*

#### QUELLEN:

1 Karl Wilhelm FRICKE: "Republikflucht" und Ausreise als Krisenelemente des DDR-Herrschaftssystems; Referat an der Politischen Akademie Tutzing am 30.3.1999

2 Hans-Hermann LOCHEN / Christian MEYER-SEITZ: Die geheimen Anweisungen zur Diskriminierung Ausreisewilliger. Dokumente der Stasi und des Ministeriums des Innern; Köln 1992, S. 173 ff. - Befehl Nr. 1/75 zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels

3 Karl Wilhelm FRICKE: wie FN 1

4 Arnold VAATZ in: „Der Tagesspiegel“ v. 30.9.1999; Der Umbruch in der DDR. „Die meisten von denen, die der DDR den Rücken kehrten, waren keine Widerständler - und doch schaufelten sie der Republik das Grab.“ (Ralf HÜBNER)

## Keine Aufarbeitung der SED-Justiz

### *Ein interessanter Vortrag in Erfurt*

In einem Vortrag mit dem Titel "SED-Justizrecht und seine Aufarbeitung in der Gegenwart" berichtete Oberstaatsanwalt Hans-Jürgen Grasemann von der Generalstaatsanwaltschaft Braunschweig bereits im August in der ehemaligen U-Haftanstalt Erfurt vor zahlreichen Besuchern über Verhaftungen und Bedingungen im Gewahrsam des MfS. Grasemann war von 1988 bis 1992 stellvertretender Leiter und Sprecher der zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltung in Salzgitter, die in der DDR besonders gefürchtet war, in die jedoch die politischen Gefangenen des SED-Regimes große Hoffnung setzten, denn in Salzgitter wurden zahlreiche politische Urteile sowie Misshandlungen in Untersuchungs- und Vollzugsanstalten der DDR registriert. Ebenso wurden in Salzgitter die Beweise für Todesfälle an der Mauer und der innerdeutschen Grenze gesammelt.

Mit kompetenter Schilderung ging Grasemann auch auf den Bereich der DDR-Justiz ein, dem politische Willkür und Rechtsbeugung bei fast allen Urteilssprüchen zugrunde lagen. In das Leben und die Freiheit Einzelner wurde rücksichtslos eingegriffen, Menschen wurden eingeschüchtert, bespitzelt, inhaftiert, auch Todesurteile gab es. Die Aufarbeitung dieser Unrechts-Justiz ist jedoch längst nicht abgeschlossen, vor allem fehlt nahezu jede Form von personeller Konsequenz. Richter, Staats- und Rechtsanwälte der DDR erfreuen sich heute einer beruflichen Gleichstellung mit westlichen Kollegen. Sie wurden zu Gewinnern der Einheit. *A. H.*

## Als wär's ein Stückchen Wirklichkeit

*Der Sender Sat.1 präsentiert mit „Wir sind das Volk“ das beste Fernsehstück seit Langem*

Die Wirklichkeit hatte einen als ehemaliger politischer Häftling wieder, als an den Abenden des 6. und 7. Oktober der zweiteilige Fernsehfilm über das letzte halbe Jahr der DDR ausgestrahlt wurde. Wer selbst in den Fängen des MfS gewesen ist, egal in welcher Untersuchungsanstalt, den packte bei den gestochen scharfen Szenen, die in Berlin-Hohenschönhausen spielten, mehr als nur die peinigende Erinnerung an die Kahlheit und die Enge der Zelle. Es war, als befände man/frau sich plötzlich selbst wieder dort. Einzelhaft, Vernehmungsquälerei, schikanierendes Wachpersonal, Anonymität und Isoliertheit, das blasse Stück grauer Himmel über dem Freihofkäfig. Jedes Detail stimmte, jedes Wort, jedes Bild. Sicher waren nicht alle Repressalien enthalten, mit denen die Stasi damals zu Werke ging, doch dies war wegen der Gesamtausgewogenheit des Plots nicht möglich, auch nicht notwendig. Dies zu zeigen, dazu hätte man mehrere Tage benötigt. Allein die Szene, die die Leibesvisitation bei der Einlieferung der Hauptdarstellerin in die U-Haft wiedergibt, ist so klar und schmucklos, dass auch alles andere, was sich davor begab und daran anschloss, im Langzeitgedächtnis des einstigen „echten“ Häftlings wieder in Bewegung geriet. Die Zeitgeschichte dieses Ortes und dieser Menschen ist deutlich, wahr beschrieben worden, und niemand sollte wagen, diese Verbrechen zu leugnen oder zu rechtfertigen.

Wer beide Teile gesehen hat, der weiß, dass die Szenen in der Stasi-U-Haft nur ein Teil des Filmes waren. Dies ist gut so, denn drei Stunden über das hier geschehene Unrecht zu berichten, wäre unerträglich geworden. Zudem gilt der Blick dem gesamten Panorama des DDR-Geschehens. Selten nämlich ist in der vierzigjährigen Geschichte des Dreibuchstabenlands eine solche Dichte an politischen Ereignissen zu verzeichnen gewesen wie in diesem relativ kurzen Zeitabschnitt. Selten auch sehen wir so viele Wiederholungen wie wir vom Auftritt Hans-Diedrich Gentschers auf dem Balkon der Deutschen Botschaft in Prag gesehen haben („Ich bin gekommen ...“). Auch hier wird der Film seiner geschichtsaufarbeitenden Intention voll gerecht. Egal, dass er als Spielstück beim Zuschauer Spannung erzeugen und Gefühle freisetzen freisetzen will und muss.

Neben der Fokussierung auf das Thema Untersuchungshaft/Stasi konzentriert sich die Handlung auf die Aktionen der Bürgerrechtler. Er zeigt, wie im Schutz der Kirche und durch den Mut von Einzelnen und Gruppen aus dem Schneeball eine Lawine wird und plötzlich diese unglaubliche Schar von 70.000 Menschen durch die Straßen zieht: Wir sind das Volk.

Wichtiger Aspekt dabei ist die Rolle der Medien. Die Berichte im West-Fernsehen schüren den Masseneffekt mitentscheidend. Anders als bei den Ausreiseantragstellern, die hier als ursprünglicher Widerstandsfaktor nur bei den Massenfluchten in Ungarn und Prag thematisiert werden, bieten die vielköpfigen Demos die Möglichkeit, unerkannt zu bleiben und zum starken oder schwachen Glied der großen Kette zu werden.

Erfreulich, dass Sat.1 den Film auch im Internet angeboten hat. So konnte man sich wichtige Szene oder beide komplette Teile noch einmal ansehen. *A. R.*

## **Tag der Wiedervereinigung ist den meisten ein Tag der Freude und Dankbarkeit**

*Wichtiges Zeugnis anlässlich des Tags der Einheit zum Untergang der DDR und der Demos von 1989*

*Anlässlich des Vorabends zum Tag der Deutschen Einheit erinnert Wolfgang Stiehl in einem Beitrag daran, dass durch die kommunistische Diktatur in insgesamt sieben Jahrzehnten mehr Opfer zu Tode kamen als durch den Nationalsozialismus. Lesen Sie nachstehend die (leicht gekürzte) aussagestarke Rede:*

1989 war das „Jahr der Demo“ in vielen Städten in der DDR. Obwohl der Anlass für die eigene Teilnahme an diesen Demos recht unterschiedlich war, gab es doch eine, alle Unterschiede überwindende große Einheitlichkeit. Die Gegnerschaft gegen eine alles beherrschende Diktatur. Gegen eine Diktatur, die die bessere soziale Welt versprochen hatte, aber tatsächlich eine ganze Volkswirtschaft – oder richtiger gesagt den überwiegenden Teil eines ganzen kommunistischen Weltsystems innerhalb des langen Zeitraums von 7 bzw. 4 ½ Jahrzehnten in den wirtschaftlichen und ökologischen Bankrott regiert hatte.

Der als „Vertrauliche Verschlussache“ erarbeitete „Schürer-Rapport“ (also ein Produkt der staatlichen Plankommission der DDR) sagte dagegen schon klar und ungeschönt aus, dass der Lebensstandard der Bevölkerung um mindestens 30% gesenkt werden müsse, wenn man den offiziellen Staatsbankrott der DDR verhindern will. Dennoch müssten zusätzlich in erheblichem Umfang NSW-Kredite aufgenommen werden.

Wie die vorhergehende verbrecherische NS-Diktatur 1945, glaubte auch die Realsozialistische Diktatur 1989, ihre Herrschaftszeit durch Stasi, Polizei, IM, und einen alles beherrschenden aufgeblähten Parteiapparat, bis zum letzten Atemzug der Machthaber, aufrechterhalten zu können. Sie hatte die Rechnung ohne den Wirt – das Volk – gemacht, der Freiheits- und Veränderungswille des Volkes war stärker. Ein zweites Mal wollte das Volk nicht mit seinen ebenso verbrecherisch wie unfähig regierenden Hanswürsten untergehen. Zum Volke gehörten letztendlich auch die Bürger, die, aus welchen Gründen auch immer, in den vorgenannten Unterdrückungsorganen tätig waren. Auch sie wollten nicht für eine unfähige, senile Diktatorenclique ihre Haut zu Markte tragen. Diese Konstellation war es, die einen Ausgang der Volksaufstände, Demonstrationen und angestrebte Kursänderungen wie 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und 1968 in Prag, nämlich die Zerschlagung, vereitelte und der Freiheit und Demokratie zum Siege verhalf und letztendlich die deutsche Einheit ermöglichte. Für die meisten Bürger der ehemaligen DDR war und ist der Tag der Wiedervereinigung ein Tag der Freude und Dankbarkeit. Ganz besonders natürlich für die von der politischen Verfolgung Betroffenen.

Diese Dankbarkeit gilt, neben den 1989 demonstrierenden, den vielen Menschen die sich nach dem Diktaturwechsel im Mai 1945 in einem Teil Deutschlands und in den Osteuropäischen Ländern, gegen diese anders als die NS-Diktatur geartete, aber ebenfalls verbrecherisch handelnde Diktatur, auflehnten und dies häufig mit ihrer Freiheit, Gesundheit und sozialen Stellung bezahlen mussten. Ganz besonders möchten wir aber auch an all der vielen Kameradinnen und Kameraden gedenken, die diesen Tag nicht mehr erleben konnten. Viel zu viele sind in den SBZ/DDR Lagern und Zuchthäusern elen-

diglich verreckt und in Massengräbern verscharrt worden. Andere haben die Erringung von Freiheit und Demokratie nach ihrer Haftzeit nicht mehr erleben können.

Wir alle, die wir heute in Freiheit und Demokratie leben dürfen, sollten uns dafür einsetzen, dass sich in Deutschland nie wieder eine Diktatur – gleich ob von Rechts oder Links – etablieren kann. Von diesem Ziel sollten wir uns auch durch so manche berechnete Unzufriedenheit mit den täglichen Sorgen und Problemen in der gelebten Demokratie abbringen lassen. Genau letzteres versuchen rechte wie linke Extremisten unablässig mit populistischen Sprüchen von einer notwendigen Systemveränderung. Glücklicherweise sind sie, auch wenn sie als NPD, DVU, SED-PDS-LINKE in die Parlamente gewählt werden, nicht stark genug, die Demokratie wie in der Weimarer Republik zu zerschlagen. Wir meinen, nicht jeder durch demokratische Wahlen für eine Partei mit undemokratischen Zielen ins Parlament gewählte Abgeordnete ist automatisch dadurch ein Demokrat. Dass extremistische Parteien, auf demokratischem Wege, in die Parlamente gelangen, haben wir letztendlich mit unserem Willen zu Freiheit und Demokratie indirekt mit gewollt und damit wollen wir auch gern leben.

In der Folge der friedlichen Revolution 1989 wurden auch nicht wenige Fehler bei der Vereinigung von 2 deutschen Territorien gemacht (Staaten? Provinz Moskau). Aber nur wer nichts tut, macht keine Fehler – und – es gab kein Lehrbuch, um solch einen komplexen Prozess fehlerlos zu bewältigen. Wir meinen aber auch, erkannte Fehler kann man berichtigen. Einen dieser Fehler glauben wir darin zu erkennen, dass zwar im Artikel 17 des Einigungsvertrages die ca. 250.000 Diktaturopfer benannt werden, die rehabilitiert und angemessen entschädigt werden sollen. Aber im gesamten Einigungsvertrag wird kein Wort darüber verloren, dass die Unrecht getan habenden Menschen etwa für ihre Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen sind. Aus dieser kalten Amnestie leiten nun die Täter von Gestern ab, wir sind nicht für unsere Handlungen zur Rechenschaft gezogen worden, folglich haben wir sie nicht begangen. Sie bestreiten damit, Verbrechen gegen die Menschenrechte, die eigene Verfassung und selbst gegen die DDR-Gesetze begangen zu haben. Sie beschimpfen, verleumdern und diffamieren in schamlosester Weise ihre Opfer. Und sie verkünden in ihren Statements, dass sie gewillt sind, ihr gescheitertes Sozialismusexperiment zu wiederholen, dass in 7 Jahrzehnten nur etwas mehr Opfer weltweit gekostet hat, als der verbrecherische Nationalsozialismus in nur 12 Jahren gefordert hat. Eine Gesetzesänderung ist dafür zwar im Rechtsstaat nicht rückwirkend machbar. Aber wir meinen, die Unantastbarkeit der Menschenwürde sollte auch für alle Diktaturopfer gelten. Für die NS-Diktatur bestehen entsprechende Verbote der Diktaturverherrlichung und der Herabwürdigung der Opfer. Es wird allerhöchste Zeit den § 130 (Volksverhetzung) auch auf das gleiche Delikt für Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft auszudehnen. Dies fordert schließlich auch der Gleichheitsgrundsatz.

Die Diktaturen hatten ein höchst unterschiedliches Kriminalgewicht, aber die Leiden des einzelnen Opfers waren doch weitgehend gleich. *Wolfgang Stiehl*

## Nach beruflicher Karriere wichtige Aufgaben im Ehrenamt bewältigt

Hessens Ministerpräsident Roland Koch überreicht Günter Rudolph das Bundesverdienstkreuz am Bande

Anlässlich des Tags der Deutschen Einheit ehrte Anfang Oktober der hessische Ministerpräsident Roland Koch sechs Bürgerinnen und Bürger seines Bundeslandes mit dem Bundesverdienstkreuz für Verdienste um die Verständigung, Versöhnung und freundschaftliche Beziehungen zwischen Ost und West. Zu den ausgezeichneten gehörte auch der Ministerialrat a. D. Günter Rudolph, der das Verdienstkreuz am Bande bekam. Damit sollen das gesellschaftliche und das besondere ehrenamtliche Engagement gewürdigt werden.

Günter Rudolph, 1927 in Dresden geboren, wurde nach dem Krieg vom sowjetischen NKWD unter dem Vorwurf des Werwolf- und Terroristenverbrechens verhaftet und im Gefängnis Großenhain festgehalten. Danach kam er in die Speziallager Nr.1 nach Mühlberg und anschließend in das Speziallager Nr. 2 in Buchenwald. Im Februar 1950 wurde er entlassen und ging in die Westzone nach Frankfurt am Main. Dort machte er das Abitur nach und studierte bis 1958 Rechtswissenschaften. Bis 1964 arbeitete er als Rechtsanwalt, danach wechselte er in das Hessische Finanzministerium, wo er es bis zum Ministerialrat brachte. 1989 ging er in den Ruhestand, arbeitete jedoch freiberuflich weiter und wurde nach der Wiedervereinigung ein wichtiger Aktivposten in der Dachorganisation der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft, in deren Vorstand er lange mitwirkte. Seine Beiträge und Kommentare in der Zeitschrift Stacheldraht wurden von vielen ehemaligen Häftlingen gelesen. Da er die Hölle der Speziallager selbst erlebt hatte, beteiligte er sich seit der Pensionierung und dem Ende der DDR an der Aufarbeitung und Aufklärung der Verbrechen des Kommunismus. Von 1991 bis 2001 war er Vorsitzender der Lagergruppe Mühlberg, an deren Gründung er mitgewirkt hatte. Bereits seit 1990 agierte er als Vorsitzender im Häftlingsbeirat Speziallager Buchenwald bei der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, wo es sich konsequent für die Aufarbeitung der Geschichte des Speziallagers Buchenwald engagierte. Zu seinen wichtigen Anliegen zählten die Aussöhnung über die Gräber hinweg und die Schaffung von Verbindungen zwischen den ehemaligen Internierten oder ihren Hinterbliebenen. Seit 1999 ist Günter Rudolph Geschäftsführer der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. in Berlin.

Vielen von uns ist der Geehrte durch seine Rechtsberatungen für die ehemaligen politischen Häftlinge bekannt. Eines seiner Anliegen war auch, den Zusammenschluss der großen Opferverbände BSV und VOS durch seine Beratung zu begleiten. Egal, dass diese Vereini-

gung nun offiziell nicht zustande kam, sind wir alle Günter Rudolph zu Dank und Anerkennung verpflichtet. Für den selbstlosen und ehrenvollen Einsatz gebührt Günter Rudolph unser großer Respekt. Wir, die VOS, der Bundesvorstand

und der Redakteur der Fg wünschen ihm noch viele Jahre weiteren Wirkens und auch persönlichen Glücks.

*Tom Haltern (Text), Foto: Internet*



Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus e.V.  
Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin (Nikolaiviertel)

### **Kein Recht gebrochen? Geschichtsrevisionismus und Zeitzeugenschaft im Widerspruch**

ein Vortrag von Karl Wilhelm Fricke

**Dienstag, 18. November 2008, 19 Uhr**

Der bekannte Rundfunk-Publizist und Forscher zur SED-Diktatur Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke setzt sich anhand eigener Erlebnisse und Erfahrungen mit den Versuchen ehemaliger Kader des MfS auseinander, die Repressions- und Verfolgungsgeschichte der zweiten Diktatur in Deutschland umzuschreiben und zu verfälschen

### **Immer am Rande der Unzumutbarkeit**

*Zum Tode des Politikers Jörg Haider*

Für viele Österreicher ist der völlig unerwartete Tod Jörg Haiders am 11. Oktober 2008 ein Unglück. Kaum ein anderer Politiker hat mit scharfer Zunge und in oft unverantwortlicher Bosheit Äußerungen von sich gegeben, die beim viel zitierten „kleinen Mann“ unguete, unkontrollierte und aus dem Zusammenhang gelöste Gedanken und Rückschlüsse erzeugten, zugleich aber auszurücken schienen, was man im Lande eigentlich wollte und erhoffte. Ausländerfeindlichkeit, übertriebener Nationalismus, Verharmlosung der Nazi-Diktatur, das gehörte zu seinen Themen. Durch seine Bodenhaftung, die allein durch die Kleidung zur Schau getragene Heimatverbundenheit konnte er sich dabei einen mitunter gar freundlichen Anstrich geben. Unverhohlen auch hat Haider dabei uns Deutsche versucht einzubeziehen und letztlich die Wirkung nicht verfehlt. *A. R.*

#### **Wir trauern um**

**Heinz Wilcken**

**Armin Tulle**

**Hans Kaps**

**Werner Hirsch**

**Rolf Hohlfeld**

**Helmut Wagner**

**Günther Mühle**

**Traude Wunderlich**

**Bezirksgruppe Rostock**

**Bezirksgruppe Frankfurt/Main**

**Bezirksgruppe Magdeburg**

**Bezirksgruppe Wiesbaden**

**Bezirksgruppe Gera**

**Bezirksgruppe Gera**

**Bezirksgruppe Kiel**

**Bezirksgruppe Oberes Vogtland**

**Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren**

# Deutschland – Vergangenheit, Zukunft

Ein Gedicht zum 19. Jahrestag des Mauerfalles

Wir sind uns nicht mehr fremd,  
auch nicht mehr durch eine Mauer getrennt.  
Und werden zusammen wachsen,  
vom Rheinland bis hin nach Sachsen.  
Vom Norden bis hin nach Bayern  
wollen wir nun zusammen feiern.

Oh, Deutschland wir wollen zusammen stehen,  
wir finden nun Deutschland wird wieder schön.

Wir reichen uns die Hände  
Vergangenheit schrieb viele Bande.  
Und in die Zukunft wollen wir schauen,  
unser Deutschland wollen wir neu erbauen  
Von Frühling bis in den Winter  
denken an die Zukunft unserer Kinder.

Es soll nun keiner mehr in unserem Lande bangen,  
Friede und Freiheit unser großes Verlangen.

Straßen führen und kreuzen unsere Länder,  
zum Schmücken nehmen wir bunte Bänder.

In Europa wollen wir versuchen die Staaten  
zusammenzuhalten,  
keiner soll und darf ein anderes Land mehr spalten.  
Ohne Krieg müssen wir n den Frieden allen bringen,  
die Menschen müssen mit Vernunft zusammen singen.

Vieles ist Hoffnung, ja man glaubt es kaum,  
fasst all mit an, verwirklicht den Traum.

*Erich Schmidt, Düsseldorf*

*Ehemaliger politischer Häftling von Bautzen*

## Generalversammlung und Wahl des Bundesvorstandes vom 24. bis 26. Oktober

Die nächste Wahl des Bundesvorstandes findet in der nächsten Generalversammlung in Friedrichroda statt. Die Generalversammlung wird am Rande eines Wochenendseminars durchgeführt.

Mit Interesse blicken die VOS-Mitglieder auf die Kandidaten, die sich zur Wahl stellen. Die Hoffnungen für den Posten des Bundesvorsitzenden ruhen mehrheitlich auf dem amtierenden Vorsitzenden Johannes Rink (Foto). Weitere Kandidaturen sind (zumindest in der Fg-Redaktion) nicht eingegangen.



Trotz einer gewiss nicht gerade ruhig und reibungslos verlaufenen Legislaturperiode der letzten zwei Jahre hat die VOS doch gerade in diesem Zeitabschnitt großes erreicht. Vor allem die Durchsetzung der Ehrenpension ist das Ergebnis eines langen und vielschichtigen Bemühens der VOS-Vorstände seit mehreren Jahren, aber auch vieler einzelner Mitglieder. Daher sei allen, die daran beteiligt waren, gedankt.

Berichte in der nächsten Fg.

A. R.

## VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin  
PVSt Deutsche Post  
Entgelt bezahlt  
A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

### Geschäftsstelle der VOS

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin  
Telefon/ AB: 030-26552380 und 030-26552381  
Fax 030-2655 23 82

Email-Adresse: [vos-berlin@vos-fg.de](mailto:vos-berlin@vos-fg.de)

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag  
von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. 186 25 501 bei der  
Postbank Köln, Bankleitzahl 370 100 50

**Spenden sind steuerlich absetzbar**

### Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/Fax: 030 - 2546 2638

**Montag und Donnerstag von 10.00 bis 18.00 Uhr**

**Dienstag, Mittwoch und Freitag von 12.00 bis 17.00 Uhr**

**Redaktion und Satz:** Alexander Richter

**Redaktionsanschrift:** Postfach 1202, 48 270 Emsdetten  
[redaktion@vos-fg.de](mailto:redaktion@vos-fg.de) Fax: 02572 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),  
Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag gleichzeitig Bezieher der „Freiheitsglocke“.

### Beiträge:

- |  |         |
|--|---------|
| 1. Aufnahmegebühr                          | 2,60 €  |
| 2. Jahresbeitrag, einschl. Freiheitsglocke |         |
| - alte Bundesländer                        | 45,00 € |
| - neue Bundesländer                        | 40,00 € |
| 3. Jahresbeitrag für Ehepartner            | 15,00 € |
| 4. Jahresbeitrag ABO Freiheitsglocke       | 24,00 € |

**Internetseiten der VOS und Links unter**  
[www.vos-fg.de](http://www.vos-fg.de)

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe [vos-fg.de](http://vos-fg.de)

Die nächste Ausgabe (673) erscheint: Oktober 2008.

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 672: 15. Okt. 2008